

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Wode 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, post und Haus M. 2.92, wo keine Post am Ort, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserationsgebühr beträgt für die einseitige Colonne oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 15 Pfennige, Answärtige Inserate 35 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 53.

Breslau, Freitag, den 3. März 1911

22. Jahrgang.

Kulturbilder.

In zwei sehr umfangreichen Artikeln des „Vorwärts“ werden Zusammenstellungen über deutsche Steuerlasten, sowie Heeres- und Marineausgaben gemacht, die außerordentlich lehrreich sind und deshalb auch agitatorische Verwendung finden können.

Die hauptsächlichsten Einnahmen des Reiches betragen:

	1873	1910
Böfse	122 610,2	631 900,0
Zabaksteuer	1 125,0	14 418,0
Kudersteuer	45 453,4	247 178,0
Salzsteuer	33 300,0	58 048,0
Wann- u. Kiefer	36 100,2	180 000,0
Biersteuer	15 039,7	111 500,0
Wechsel- und Spielartenempel.	5 745,7	21 819,2
Reichspost	105 029,6	693 226,3
Reichseisenbahnen.	31 476,1	123 319,0

Mittlerweise sind eine Reihe neuer Steuern dazu gekommen, die aber hier nicht zu einem Vergleich herangezogen werden können. Es genügt, festzustellen, daß das Reich im Jahre 1873 eine Einnahme von 503,246,6 Millionen Mark hatte — den außerordentlichen Zuschuß aus der französischen Kriegsschuldung natürlich abgezogen — während diese Einnahmen im Jahre 1910 eine Höhe von 2 853 781,1 Millionen erreichten. Wie diese indirekten Steuern dem Volke abgepreßt werden, darüber siehe die gestrige Nummer der „Volkswacht“. Die Schuldenlast des Reiches ist mittlerweile auf 4 896 633 500 Mk. herangewachsen, und schon das am 1. April 1911 beginnende neue Staatsjahr wird die fünfte Milliarde Reichsschulden überschreiten.

Die weitaus meisten Ausgaben sind für kulturwidrige Zwecke gemacht worden: für Heer und Marine. Wir geben aus den umfangreichen Tabellen des „Vorw.“ nur ganz wenige Ziffern an — von Jahrsfüßt zu Jahrsfüßt —, um zu zeigen, in wie unheimlicher Weise die Anforderungen für Heereszwecke gestiegen sind.

	Dauernde Ausgaben	Einmalige Ausgaben	Pensionen
Betrag in 1000 Mark			
1873	259 183,0	48 548,9	20 787,0
1878	318 677,1	61 864,7	16 775,7
1883	337 450,8	26 875,7	19 758,9
1888	362 939,2	187 599,3	28 816,8

Das Jahr 1889 brachte eine Aenderung im Staatswesen, indem ein außerordentlicher Etat eingeschaltet wurde. Soweit das Militär in Frage kommt, wurden auf diesen außerordentlichen Etat namentlich die Festungsbauten und Umbauten verwiesen. Auch diese nun gesondert geführten Summen waren sehr beträchtlich. Das weitere finanzielle Bild ist nun folgendes:

	Dauernde	Einmalige	Außerordentl.	Pensionen
1890	399 943 700	42 479 600	27 090 800	37 135 700
1895	4 210 600	43 929 300	46 686 900	51 808 500
1900	536 872 000	89 912 800	29 255 800	67 463 400
1905	595 943 400	76 260 700	30 004 600	81 394 600
1910	706 805 000	77 606 000	22 499 100	118 352 900

Die gesamten Ausgaben für den Militarismus zu Sande von 1872 bis 1910 setzen sich wie folgt zusammen:

Jordauernde Ausgaben	17 275 677 100
Einmalige Ausgaben	2 452 467 800
Außerordentliche Ausgaben	1 430 224 300
Pensionen	1 876 575 800
Reichsmilitärgericht (seit 1906)	6 137 200
Gesamtkosten für Heer und Marine	23 171 083 200

Die Ausgaben für die Marine haben sich in folgender Weise entwickelt:

	Dauernde	einmalige	Außerordentliche
1872	14 852 800	16 229 300	—
1875	17 716 400	31 493 200	—
1880	21 736 800	14 990 900	—
1885	26 660 000	15 398 700	—
1890	40 959 500	4 461 900	26 366 200
1895	58 500 200	19 721 900	7 615 500
1900	73 501 500	54 215 800	39 427 700
1905	105 046 500	96 208 500	46 909 000
1910	157 334 500	172 109 300	112 732 500
1911	167 212 800	181 990 900	109 059 900

Das ergibt eine Summe von rund 5157 Millionen Mark. In dieser Summe sind die Ausgaben für das der Marineverwaltung unterstellte Schutzgebiet Kiautschau enthalten, die bis jetzt die Höhe von 150 Millionen Mark erreicht haben, sodas an Marineausgaben, das Staatsjahr 1911 eingeschlossen, sich fünf Milliarden Mark ergeben.

Schließlich kommen noch hinzu die Kosten für das im Jahre 1900 errichtete Reichsmilitärgericht im Betrage von 6.688.400 Mark. Die Totalausgaben für militärische und maritime Zwecke seit 1872 ergeben somit die ungeheuerliche Summe von:

28.177.771.600 Mark.

Dem Abgrund zu geht die Fahrt, wenn das deutsche Volk sich nicht endlich ermannet und einen Reichstag wählt, der den Mut hat, der Regierung zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Das liegt gleicherweise im Interesse der Kultur, im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse der Bewegung, die zum Volkfrieden führen soll und muß.

Politische Uebersicht.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Mit peinlicher Besorgnis ist das Zentrum besonders im Osten bemüht, jede Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie von sich zu weisen. Die Herren und Geldgeber der Zentrumspresse, die katholischen Grafen Schlessiens aus den Familien der Grafen Ballestrem, Braschma, Schaffgotsch und Donnermarck verlangen offenbar aus sehr durchsichtigen Gründen von ihren Prekdiern eine solche Stellungnahme. Aber diese sollten doch nicht so weit gehen, Tatsachen zu bestreiten, die vor aller Augen liegen und so verbürgt sind wie die Unterstützung der Sozialdemokratie durch Zentrumswähler im Westen und Süden des Reiches. Unsere kirchliche Presse muß sich so stellen, als sei das nie vorgekommen, sinlema! sich doch Rot und Schwarz wie Feuer und Wasser gegenübersehen. So richtig nun das letztere ist, so pflegt doch das Zentrum bekanntlich nach dem Jesuitengrundlag „Der Zweck heiligt die Mittel“ zu verfahren und wenn es ihm nützlich erscheint, würde es sich auch mit dem Teufel verbünden. Erst kürzlich behauptete nun die Zentrumsresse wieder:

„Nirgendwo ist 1907 ein Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie geschlossen worden. Ausbendore kann betrefis der uns zunächst interessierenden Wahlkreise des rheinisch-westfälischen Industriebezirks auch nur von den unverbindlichen Abmachungen dieser Art nicht gesprochen werden.“

Demgegenüber veröffenlicht unser Dortmunder Parteiblatt die vorgetreuen Wahlkampfschlösungen aus Hamm und Hagen. In Hamm traten die Sozialdemokraten für den Zentrumsman! Wiedemann ein, da sich der Liberalismus zur Blockzeit mit den Junkern verbündete. Darauf erschien folgende Ankündigung:

„Stichwahlparole der Zentrumsparlei des Wahlkreises Hagen-Schwelm. Unter Berücksichtigung des Verhaltens des Gesamtliberalismus erklärt sich das Wahlkomitee der Zentrumsparlei des Kreises Hagen-Schwelm außerstande, für den Kandidaten der Freiwüchtigen Volkspartei einzustehen. Es betrachtet in diesem Falle den Kandidaten der Sozialdemokratie als das kleinere Uebel und überläßt den Zentrumswählern die Entscheidung. Eine anderweilige Parvie ist nicht als maßgebend zu betrachten. Das Wahlkomitee der Zentrumsparlei. H. A.: Weyer, Vorsitzender.“

Dazu bemerkt die „Arbeiterzeitung“ noch, daß der Veröffentlichung der Wahlparolen Verhandlungen vorausgegangen sind, die zu einer Einigung über gegenseitige Wahlunterstützung geführt hatten. Aber auch für die zukünftigen Reichstagswahlen rechnet man in kleineren Kreisen Süddeutschlands auf eine Unterstützung der Sozialdemokratie durch Zentrumswähler. Das Heidelberger Zentrumsblatt schreibt im Hinblick auf die als ziemlich sicher zu erwartende Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten in seinem Wahlkreise:

„Dabei wird es von den rechtsstehenden Wählern abhängen, wer in der engeren Wahl Sieger bleibt. In einer Unterstützung der Kandidatur Bed werden sich die 7-8000 Zentrumswähler bei der gegenwärtigen politischen Lage nicht verhalten können, es wird der Parteileitung sogar große Mühe kosten, die Wähler von der politischen Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten abzuhalten.“

Also auch dort erwarten die Zentrumsführer, was auch im Kreise Landeshut-Jauer-Sollenhain eintrat, nämlich, daß ein Teil der Zentrumswähler in der Stichwahl für den Sozialdemokraten votiert. Vielleicht aber kommt es noch besser, etwa so wie in Landau-Neustadt, wo 2000 Zentrumswähler schon in der Hauptwahl zur Sozialdemokratie abgewandert, denen bei der Stichwahl weitere 2000 folgten.

Der Bischof und die Sozialisten!

Die Zentrumsresse freileet es energisch ab, daß der päpstliche Erzbischof Wilczewski von Lemberg in einem Hirtenbriefe anerkennende Worte über die Verdienste der sozialdemokratischen Parteien verloren hat. Ein Zentrumsman! hat die ihm bekannten Hirtenbriefe durchgesehen und den in der „Volkswacht“ wiedergegebenen Abfas nicht finden können. Das liegt wahrscheinlich nicht an dem Hirtenbrief, sondern an dem kirchlichen Forschungsreisenden. Denn das Zitat ist ja nicht von irgend einem obskuren Sozialdemokraten herausgefunden worden, sondern von Dr. Ludwig Bernbard, der ruhmreiche Berliner Universitäts-Professor. Er war bei uns als Quelle angegeben und ihm wird wohl auch die Zentrumsresse nicht nachsagen wollen, daß er das Zitat erfunden oder gefälscht habe. Interessant sind allerdings die Mitteilungen, nach denen an anderen Stellen seiner Hirtenbriefe der Lemberger Erzbischof ebenso munter auf die Sozialisten geredet hat als seine Amtscollegen anderwärts. Er trägt also entweder nach kirchlichem Brauch auf zwei Achseln oder die Uebersetzungen aus dem Lateinischen und Polnischen lassen jene interessanten Auslegungen und Ueigungen zu, wie die kürzlich von Schür so umstrittenen Kardinalsbriefe.

In Anbetracht dieser Möglichkeiten, über welche sich die kirchlichen Herrschaften selbst den Kopf zerbrechen mögen, verzichteten wir auf die schmäudernden Arabesken einzugeden, welche die Zentrumsresse zwischen den einzelnen Bischofszitataten gehen und röhlet. Daß wir sie nicht tragisch nehmen

brauchen, lehrt uns folgendes Zitat aus der „Schlesischen Volkszeitung“ über die Wahl in Allenstein-Rössel:

„Seitens der Polen ist der Wahlkampf in einer geradezu niederträchtia unehrlichen Weise geführt worden.“

Kandidat und Führer dieser niederträchtig unehrlichen Polen war ein — katholischer Pfarrer! Habt die Brüder lieb! Wenn so die Frommen sich gegenseitig apostrophieren, dürfen wir keine Vorzugsstellung beanpruchten.

Allerdings verlor das Zentrum nach amtlicher Aufstellung im Kreise Allenstein-Rössel 2442 Stimmen, während die Polen um 2139 zunahmen und die kleine Zahl der Sozialdemokraten sich vervierfachte!

Arbeiterentrechtung in den Krankenkassen.

Die bürgerlichen Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Fortschrittspartei haben miteinander ein Komplott gegen die Arbeiterrechte in den Krankenkassen geschmiedet. Sie haben sich dahin geeinigt, den Mitgliedern der Krankenkassen das Recht, durch ihren Vorstand ihre Kassenangestellten frei zu wählen, zu entziehen und die Anstellung der Kassenbeamten von der Zustimmung der im Vorstand vertretenen Arbeitgeber abhängig zu machen.

Eine Bestimmung, die denselben Zweck verfolgt, war auch schon im Regierungsentwurf der Reichsversicherungsordnung enthalten. Sie war dort die mehr oder minder logische Konsequenz jener anderen Bestimmung, die die Beitragspflicht und die Besetzung des Vorstandes zwischen Arbeitgebern und Arbeitern halbieren wollte, um den Zweidrittelcinfluß der Arbeiter in den Kassen zu brechen. Diese Hälfte ist bekanntlich abgelehnt worden, weil das den Arbeitgebern zu kostspielig ist. Nun soll das Ziel, das man auf geradem Wege nicht erreichen konnte, auf krummen Wegen erreicht werden. Zwar sollen die Arbeiter zwei Drittel der Vorstandspitze besetzen, aber diese zwei Drittel der Arbeiter sollen in der Frage der Beamtenanstellung nicht mehr gelten als das eine Drittel der Arbeitgeber. Diese zahlen nicht mehr als bisher, bekommen aber größere Rechte. Die Arbeiter bezahlen nicht weniger als bisher, bekommen aber geringere Rechte. Diese Lösung, die den Starren nur gibt, den Schwachen nur nimmt, ist vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien aus geradezu genial. Aber man sieht bei dieser Gelegenheit wieder einmal, was man von der Arbeiterfreundlichkeit dieser Herrschaften zu halten hat.

Der Zweck dieses neuen Entrechtungsverluches ist klar. Es handelt sich darum, politisch verdächtigen Menschen, namentlich also sozialdemokratisch Gesinnten den Weg zur Brotstelle abzuschneiden. Wer sich sozialdemokratisch betätigt, ist im Staats- und Gemeinbedienst unmöglich, er darf nicht Beamter oder Lehrer sein und wo der Einfluß der Unternehmer soweit reicht, jagt man ihn auch als Arbeiter aus dem Betriebe hinaus und setzt ihn auf die schwarze Liste, um seine Wiedereinstellung zu hintertreiben. Das ist das infame schpreußische System, den politischen Gegner auszuheuern, um ihn auf diese Weise zur Staatsstreue und Gottesfurcht zu erziehen und zu einem Werkzeug dieses Systems sollen jetzt auch die Krankenkassen gemacht werden. Man rechnet darauf, daß die Unternehmer schon aufpassen werden, daß ja kein politisch Verdächtiger in Kassenbedienten unterkommt. Und politisch verdächtig werden den Unternehmern nicht nur jene Bewerber sein, die aus der politischen Bewegung der Sozialdemokratie kommen, sondern namentlich auch solche Personen, die sich durch gewerkschaftliche Betätigung das Vertrauen der Arbeiter erworben haben.

Kommt zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Einigung über die Anstellung nicht zustande, so kann am Tage darauf die Anstellung beschlossen werden, wenn mehr als zwei Drittel der Anwesenden für sie stimmen. Jedoch bedarf sie sodann der Bestätigung durch das Versicherungsamt, die nur auf Grund von Tatsachen versagt werden darf, „die darauf schließen lassen, daß dem Vorgesetzten die erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere für eine unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte, oder Fähigkeit fehlt.“ Die mangelnde Beschäftigung durch die Mehrheit der Unternehmerruppe kann also nur durch eine amtliche Bestätigung ersetzt werden, die nach der Absicht der Antragsteller Sozialdemokraten versagt werden soll. Es ist für das Versicherungsamt, wenn es von der Regierung entsprechend instruiert ist, ein Leichtes, aus dem Handgelenk heraus zu erklären, daß von diesem oder jenem Bewerber wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung eine „unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte“ nicht zu erwarten ist. Folge dieser komplizierten Bestimmungen aber wird sein, daß der Kassenangehörige in seiner ganzen Schärfe in die Kassenhandscheibe getragen wird, daß man sich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus politischen Gründen über die Anstellungsfrage streiten wird, und daß durch versicherungsmäßige Nichtbeschäftigung neues Material herbeigeschafft wird für die händige Nubrl unserer Zeitungen: „Sozialdemokraten sind minderen Rechts!“

Mit diesem neuen kleinen Ausnahmengesetz werden die bürgerlichen Parteien also nur neue Erbitterung schaffen, ohne ihr eigentliches Ziel auch nur im Entferntesten erreichen zu können. Sie verfehlen nämlich vollständig die Verhältnisse. Heute sind die freien Organisationen der Arbeiterschaft, ihre Wahlvereine, Gewerkschaften, Genossenschaften

hart genug entwickelt, um den tüchtigsten Kräften materielle Existenz und freien Spielraum für politische Betätigung gewähren zu können. Viel eher als ein Ueberschuß an solchen Kräften, die dann an die Klassenverwaltungen abzugeben wären, besteht ein gewisser Mangel an ihnen. Dazu kommt, daß der Zusammenhang eines Partei-, Gewerkschafts- oder Genossenschaftsangehörigen mit dem Ganzen der Bewegung naturgemäß ein viel engerer ist als der eines Klassenbeamten. Sehr viele dieser Beamten gehen in ihrem Beruf völlig auf und sind durch ihre Anstellung der Arbeiterbewegung viel eher entzogen als für sie gewonnen. Aus all diesen Gründen könnte die Sozialdemokratie, soweit es sich bloß um ihr Parteiinteresse im engeren Sinne des Wortes handelt, der Entscheidung der Reichsversicherungs-Kommission, die an diesem Mittwoch fällt, sowie dem späteren Beschluß des Reichstags mit größter Seelenruhe entgegenzusehen. Jede Absperungsmaßregel hilft nur die Kräfte der Arbeiterbewegung aufzustauen und kommt auf solche Weise letzten Endes ihr selbst zugute!

Aber weil es sich um das Prinzip der politischen Gleichberechtigung und weil es sich um das Recht der Arbeiter handelt, ihre Beamten an den Klassen, deren Mitglieder sie sind und deren Lasten sie tragen, selbst auszuwählen, darum wird die Sozialdemokratie die arbeiterfeindlichen Absichten der bürgerlichen Mehrheit diesmal wie immer mit allem Nachdruck und aller Schärfe bekämpfen. Zentrum und Nationalliberale sind an diesem scharfmacherischen Attentat in gleichem Maße mitschuldig. Während sich diese Parteien in der letzten Zeit auf schärfste bekämpften, findet man sie jetzt wieder in schönster Einigkeit unter konservativer Führung. Es ist also klar, daß die Nationalliberalen nur auf die scharfmacherische Seite fallen müssen, um sofort das Zentrum zum Bundesgenossen zu gewinnen. Die Verhandlung über die Anstellung der Klassenbeamten ist ein Erfolg der Behmannschen „Sammlung“.

Verdientes Lob. Die rechtsnationalen „Magdeburger Zeitung“ sagt in einer Betrachtung über die Mißstände im Reichstage:

„Die Vorgänge bei der Forderung der Verfassungsfrage in weiter Fassung verdienen nachträglich noch eine historische Würdigung; Debeten sie doch, worauf wir schon in unserem Reichstagsbericht hingewiesen haben, tatsächlich nichts weniger als einen Wendepunkt in der deutschen Parteigeschichte oder — richtiger gesagt — den endgültigen Abschluß einer Wandlung in der Parteigeschichte, die seit Jahren angedeutet wurde: zum ersten Male hat — ihren früheren Grundgedanken entgegen — die freisinnige Partei für eine mehrjährige Festsitzung der Verfassungsfrage entschieden; sie hat einen der obersten Grundzüge eines Richters der Politik endgültig entgegengesetzt! Und man darf wohl sagen: Wer jenen Boden auch nur einmal betreten hat, der wird nie wieder festen Boden unter sich empfinden können.“

Dieses Lob hat der Freisinn — oder, wie er sich jetzt nennt: Fortschritt — redlich verdient. Welchen Sinn sollen die Reden der Mierer, Goltz und Kopsch denn eigentlich haben, wenn sie schließlich alle Forderungen der Regierung bewilligen?

Die Religion in der Schule. Am Mittwoch Abend unternahm das Zentrum in einer Kommission einen Vorstoß zur Klärung der Schulfrage. Zunächst wurde ein Zentrumsantrag, daß durch Verweigerung der Turnstunden in der Volksschule die idealen Fächer, besonders Religion und Deutsch, nicht gefährdet werden sollen, mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen. Ferner beantragte das Zentrum, auch bei vermehrter Einführung von Rektoren in Volksschulen den Einfluß der Kirche auf die Schule sicher zu stellen. Die Konservativen schwebten diesen Antrag dahin ab, daß die Regierung in Erwägung darüber einzutreten soll, wie der Einfluß der Kirche auf die Schule sicher zu stellen sei. In dieser Form wurde der Antrag auch angenommen. Aufsehen machte die Mitteilung eines fortschrittlichen Abgeordneten über den Fall des Lehrers Ehasz

in Rißig bei Magdeburg. Der Lehrer hat der Regierung mitgeteilt, daß ihm seine innere Ueberzeugung die weitere Erteilung von Religionsunterricht verbiete, und daß er aus der Landesliste austreten werde. Auf diese Mitteilung erfolgte seine Entlassung. Der Minister erklärte, die Entlassung sei nicht unmittelbar, sondern nach vorhergehender „Beratung“ erfolgt. Das Zentrum stimmte gegen die Erteilung von hauptamtlichen Kreisschulinspektoren in einer ganzen Anzahl von Städten mit der Begründung, daß dadurch katholische nebenamtliche Kreisschulinspektoren befristet würden. Doch wurde diese Stelle bewilligt. Endlich stellte das Zentrum einen Antrag auf Verweigerung der Hilfskassen für schwach beanlagte Kinder der Volksschule, und in dem gleichen Antrag wird die Regierung aufgefordert, darüber zu wachen, daß der konfessionelle Charakter dieser Schulen gewahrt werde. — Der erste Teil des Antrages wurde einstimmig, der zweite wurde mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen.

Verfassungsrecht und Oberverwaltungsgericht. Mit dem Verbot der Wahlrechtsdemonstration im Treptower Park — die zweite war genehmigt worden — hatte sich das Oberverwaltungsgericht zu beschäftigen. Die gegen das Verbot erhobene Beschwerde war vom Bezirksamt zurückgewiesen worden, und an einer gleichen Entscheidung ist das Oberverwaltungsgericht gekommen. Das Gericht hält das Verbot deshalb für berechtigt, weil am 13. Februar 1910 im Anschluß an Versammlungen Demonstrationen stattgefunden haben. Der Polizeipräsident habe ferner auch die vorhandene Erregung der Bevölkerung beachten müssen. Dann wird weiter angeführt:

„Die damit verbundenen, rechtlich unhaltbaren Darlegungen der die Wahlrechtsfrage behandelnden Presse, daß es zu den Rechten der Staatsbürger gehöre, die Straße auch entgegen den Bestimmungen der Polizei zu politischen Demonstrationen zu benutzen, hatten zu jener Zeit nicht nur die Vorstellungen weiter Bevölkerungskreise über das zugehörige Recht der Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den für den Verkehr der Gesamtheit bestimmten Straßen und Plätzen der Stadt völlig verwirrt, sondern auch eine tiefgehende Erregung gegen die Polizei hervorgerufen, welche angeblich die Rechte der Staatsbürger verletzten, wenn sie die Straßen und Plätze durch Einsprüche gegen nicht genehmigte Aufzüge dem allgemeinen Verkehr offen zuhalten bemüht war.“

Erregung gegen die Polizei als berechtigter Grund zu einem Versammlungsverbot ist entschieden eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Diese Entscheidung bedeutet eine erhebliche Beschränkung des Versammlungsrechts.

Zur Wahlbewegung. Wie das „Greifswalder Tageblatt“ über die von konservativer Seite im Wahlkreis Greifswald-Struppen der „Greifswalder Zeitung“, Dr. Dertel, als Reichstagskandidat in Aussicht genommen. Also eine „große Nummer“!

Im Wahlkreis Siegen-Bittgenstein-Biedenlopp ist dem „Reichshoten“ zufolge von der Hauptversammlung der christlich-sozialen Partei einstimmig Dr. W. W. als Reichstagskandidat für die nächsten Reichstagswahlen angestellt worden.

Latin- und Deutschschrift. Die Petitionskommission des Reichstages hatte eine Petition des Allgemeinen Ausschüßens über aber omittete Zulassung der Lateinschrift und ihre Anwendung in den Schulen einstimmig dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. In letzter Zeit haben die Gegner gegen diesen Beschluß agitiert und erklärt, daß durch diesen Beschluß die deutsche Schrift in Deutschland abgeschafft werde. Wie die „Berliner Volkszeitung“ hört, ist die Einbringung in Reichstage der Einführung der Lateinschrift jetzt nicht mehr so günstig wie früher, einige Fraktionen haben sich mit dem Beschluß der Kommission nicht einverstanden erklärt. Sollte die Petition im Plenum zur Sprache kommen, werden sich einige Fraktionen „auf's Schärfste“ gegen die Einführung der Lateinschrift aussprechen.

Preußenbürgerschaft. Dem mecklenburgischen Landtage, der am Freitagabend wieder zusammentrat, wurde ein Regierungsantrag vorgelesen, das sich gegen den Bau einer einzigen Mitglieder des Reichstages wende, die Regierung wirtschaftlich nicht sparum. Die Regierung erwidert auf diesen Vorwurf: Die schlechte Finanzlage sei durch die künftige Verfassung verschuldet. Wie lange wird dieses Punde- und Regenpiel noch dauern?

Das unbedeutende Kaiserhoch. Bei der Universitätsfeier in Würzburg am 9. September des Prinzregenten brachte der außerordentliche Professor Dr. Regel, Vorstand des Geographischen Instituts, das Kaiserhoch aus. Seine Rede soll sich mit der Persönlichkeit des Kaisers so kritisch beschäftigt haben, daß Professoren und Studenten protestierten und die Offiziere den Saal zu verlassen drohten. Nur das beschwichtigende Jureden des Präsidiums und die Korbelle der Militärdirektor hätten die Unversität vor einem großen Skandal gerettet. Nach der Darstellung des Würzburger Zentrums-

blattes soll Professor Regel es wiederholt als lästigen Zwang bezeichnet haben, eine Persönlichkeit, an der so viel wie an der des Kaisers auszusagen sei, auch noch hochleben lassen zu müssen. — Der „Köln-Anzeiger“ meint, wenn der Bericht des Zentrumsblattes zuträfe, müßte der Vorgang natürlich „weitere Folgen“ haben.

Kasernenbilder. In Gotha hat sich ein Rekrut durch einen Schuß eine Hand zerkratzt. Da er wegen Urlaubsbefreiung 6 Tage Militärarrest erhalten hatte, schloß man auf einen Selbstmordversuch. Jetzt stellt sich heraus, daß der Rekrut nicht nur von einem Vorgesetzten und zwei „alten Leuten“ schmerzlich mißhandelt worden ist, sondern daß man ihm auch aus Rache heimlich eine Patrone in das Gewehr geladen hatte, weil den Mannschaften am letzten Sonntag wegen jener Urlaubsbefreiung der Urlaub verweigert worden war. Beim Hantieren mit dem Gewehr ging der Schuß los, der dem Unglücklichen voraussichtlich die eine Hand kosten wird.

Die einheitliche Regelung des Wählens in ganz Deutschland und Festsetzung eines bestimmten Termins für Ostern wurde am Montag Abend in der Subkommission des Abgeordnetenhauses erörtert. Der Kultusminister erklärte, daß das Ziel wünschenswert sei, aber große Schwierigkeiten aufweise, und er eine Festlegung des Begehrens noch nicht bestimmt in Aussicht stellen könne.

Ein Verband deutscher Färb- und Papierwarenfabrikanten hat sich in Berlin gebildet. An der Gründungsversammlung nahmen gegen 70 Fabrikanten aus allen Gegenden Deutschlands teil. Die von einem Herrn Amtsrat Dr. D. Frech aus Düsseldorf ausgearbeiteten Satzungen fanden Annahme. Ferner wurden die Richtlinien für einen Vertrag festgelegt, der mit den Fabrikanten der Papier- und Färbefabrikation abgeschlossen werden soll. 44 Unternehmer traten dem Verbande sofort bei, weitere stellen ihren Beitritt in Aussicht. Der Verband wurde in neun Bezirke eingeteilt, innerhalb welcher die Preise einheitlich festgesetzt werden sollen.

Ausland.

Die neue Kabinettsbildung in Frankreich.

Der Senator Antoine Emmanuel Monis, dem der Präsident Fallières die Kabinettsbildung übertrug, hat Ribot das Portefeuille des Außenwesens angeboten. Nachdem Ribot abgelehnt, begab sich Monis zu Poincaré, der prinzipiell seine Beihilfe in Aussicht stellte. Er wird später endgültig Bescheid geben, ob er das Portefeuille des Ministeriums des Außenwesens annimmt. Außerdem hat Monis Caillaux das Finanzministerium angeboten, das dieser annahm. Nach späterer Meldung hat Cruppi das Ministerium des Außenwesens angenommen. Die „Agence Havas“ teilt entgegen anders lautenden Meldungen mit, Monis habe in seiner geistigen Verbindung mit Delcassé den Wunsch geäußert, der neue Inhaber des Portefeuilles des Außenwesens müsse in der Leitung der auswärtigen Politik sich von den Ratschlägen Delcassés bestimmen lassen. Ein dringender Anruf wäre unzulässig. Monis habe Delcassé und Berthelet gegenüber lebhaft den Wunsch zu erkennen gegeben, sich mit ihnen über die Wahl der zukünftigen Mitarbeiter ins Einvernehmen zu legen.

Als Ergebnis der Berechnung zwischen Monis und den Verantwortlichen, die in das Kabinett eintreten sollen, läßt sich beziffern, daß die neue Regierung die Politik der Erweiterung der Schule fortsetzen wird, jedoch unter strenger Vermeidung jeder Art Besorgung. Sie wird unter Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit für die soziale Verbesserung zu wirken suchen, die Vorkämpfer mit Proportionalwahlrecht vorschlagen und sich bei den Eisenbahngesellschaften für die Wiederanstellung der entlassenen Beamten verwenden, dagegen an dem Gesetzentwurf über die Unterdrückung der Sabotage festhalten. Außerdem sollen die Bestimmungen der Entwürfe, die den Eisenbahnangehörigen das Recht des Ausstandes nehmen, aufrechterhalten werden, außerdem wird die Regierung die Einführung der Einkommensteuer weiter betreiben.

Der Senator Poincaré hat seine Zusage, das Ministerium des Außenwesens zu übernehmen, nur mit Vorbehalt gegeben, welcher sich jedoch nicht auf die Leitung der auswärtigen Politik bezieht, sondern auf die innerpolitische Situation. Poincaré ist der Ansicht, daß in Bezug auf die Lösung der Arbeiterfragen, insbesondere des Koalitionsrechts der Arbeiter und Angehörigen, der öffentlichen Betriebe in der Kammer eine große Gruppe von Abgeordneten besteht, welche die besondere Aufmerksamkeit Millerands teil und es sei deshalb nötig, Millerand wieder in das Kabinett aufzunehmen. Diese Auffassung Poincarés ist von Monis und seinen hauptsächlichsten Mitarbeitern, insbesondere von Vertraut nicht geteilt worden. Poincaré hat alsdann seine Zusage wieder zurückgenommen.

Das Finanzministerium hat Caillaux übernommen, das Justizministerium Cruppi. Als neuer Kandidat für den Posten des Ministers des Auswärtigen wird jetzt auch der Senator Develle genannt.

Die Heye vom Triesnerberg.

Eine Erzählung aus Dichtersheim ländlichen Leben von Marianne Reiber.

Der Gerichtshof nahm seinen weiteren Verlauf. Anna Stöck war ganz allein in ihrer Stube; keine Nacht der Erde hätte sie zwingen können, zum Gerichtshof noch Bezug zu geben. Sie litt jammervoll. Sie litt jammervoll, um das arme, unglückliche Gretl, das heute sein Urteil hören sollte, und um ihren Vater. Wie ihr das Herz kloppte, wenn sie sein Bild mitnahm! Sie hätte sie gebreht und getragen! Von den Aulen war sie heute fast den ganzen Tag nicht gekommen. Wie ihr die heißen, trockenen Augen brannten; nicht ein einziger Tropfen regnete sich aus den braunen Wimpern, die Tränen waren gänzlich verstopft. In die Hände sie deren gebietet in der letzten Zeit, nun war dieser schreckliche Tag da; aber das Leid war noch da, noch größer war es geworden. Heute wurde das Urteil gesprochen. Als der Tag schon weit vorgeschritten war, kam Lise und bemerkte noch eine andere Fremde in die Stube. Die Lise war Marz's, Frau Eberhards Weib. Die war auch so besorgt und verstimmt, daß man das schwe, hohe Weib kaum wiedererkennen konnte. „Anna Stöck, das ist die Frau Eberhards? Ich halt's nicht abgeben können. O, die Angst, die Angst um das arme Gretl!“ „So glaubt auch Ihr nicht an die Gretl, Anna?“ fragte mit harter Stimme Anna Stöck. „Statt aller Antwort schlang die Lise ihre Arme um den Hals der alten Bäuerin, legte den Kopf an ihre Brust und schloß die Augen. Da hatten sich die beiden Frauen, die alle und die Jung, fast umarmt.“ „Nach einer Weile trat Lise in den Hof und sah, in einer halben Stunde kam Lise die alte Frau Barbara vor einem von Alter gebogenen Tischchen; ein schäbliches Fleckchen dort und dort umher, geschwätzte Schellen.“ Die Barbara kam und setzte sie; sie rief die Lise, daß die meisten Frauen in den Schellen tranken. „Der Abend kam. Da wurde es im Hofe wieder lebendig. Die Götter hielten von dem einzigen Gerichte der Menschen, die von Gerichtshof herab und das Urteil besprochen.“ Ganz abseits von dem großen Hof waren Jakob Stöck und sein Sohn geblieben. Eberhards betrat sie ihr Haus, schloß die Tür und sah auf die Götter in der nun müde alten Stube sitzen. „Nun ist alles zu Ende, Mutter.“

Die Bäuerin rang kaum die Hände. „Nun ist alles zu Ende, Mutter.“ Morgen Nachmittag, wenn die Sonne hell, wird der Scheiterhaufen angezündet, und dann, Mutter — Der Alois konnte nicht weiter sprechen, nur ein qualvolles Schreien kam aus seiner Brust. „Morgen, ja, morgen. Sie haben's eilig, daß die Gretl aus der Welt geschafft wird.“ Der junge Mensch lachte grell auf. Dann verlor er gleich den Vater in ein dumpfes Brüllen. Keiner sprach mehr ein Wort, heimliche Stille lagerte über der Stube, die nur von qualvollen Seufzern unterbrochen wurde. Dann hat die Bäuerin leise an, die brennend heißen Augen auf den schmerzgebeugten Einzigen gerichtet: „Mutter, Alois, daß sie mich rein lassen in das Gefängnis? Nach einmal wolle ich das Gretl, das Hebe, sehen.“ Sie schloß die Augen auf. „Mutter, es wolle, Alois?“ „Aber es immerhin versuchen, Mutter.“ „Mutter, daß sie es erlauben? Nach einmal wolle ich das Gretl, das Hebe, sehen, noch einmal in seine treuen, alten Augen sehen! Und das Gretl wolle ich dem Gretl bringen, wolle, was noch von meiner Frau kommt, daß es ihm Kopf gibt auf dem schwarzen Gang.“ „Nun, Mutter, schließenden Schritten trat die Bäuerin an den matten Eberhard; sie zog ein Gesicht heraus und sagte noch dem Gretl: Da liegt sie eine Stube aus.“ „Jesus, Maria und Joseph, der Ring vom Grafen Franz Maria von Hohenzollern! Der Ring, der Ring! Lebt, daß der Graf leben kann!“ „Er hat den jammervollen Gegenstand in die Höhe und ergriffte mit flehendem Blick den beiden Mänteln, wie das Gretl in den Hof bescheiden gelangt war.“ „Und er hat gesagt, der Graf Franz Maria, des alten Hofmarschalls Sohn, daß das Gretl sich nur immer getrost an ihn wenden solle, wenn es in Not sei; er würde ihr helfen, wo er sich auch immer befinden möge. Wenn einer Hilfe nach ihm den Ring herbeibringe, dann würde er, daß sich das Gretl in Not befinde und seiner Hilfe bedürfe.“ „Mutter, Mutter, der Graf Franz Maria muß helfen!“ In flehendem Aufblick sah der Alois die Worte herbei, seine Augen schloß, schloß, schloß wieder seine Brust. „Nach Jakob Stöck war ganz entsetzt.“ „Nun, ein Junges sein! Gott, wenn's nicht begreift wird, wenn noch alles gut wird!“ „Der Graf Franz Maria ist im Lager zu Feldkirch, hab's heut noch nie gesehen auf dem Hofe von den Tausenden gehört. Mutter, Mutter, ich geh' nach zur Eisele nach Feldkirch und hab' den Grafen, bis ich ihn gefunden hab'. Den Ring zeig' ich ihm und herbei ihn, in wenig grauem Zeit das arme Gretl hat; der Ring ist in ihm; nicht eher wolle ich den Ring sehen, als bis er mir Hilfe gibt. Einen Brief

muß er schreiben, daß das Gretl nicht auf den Scheiterhaufen kommt. Nicht ruhen und rasten will ich, bis mir die Sache gelungen ist. Vater, Mutter, betet für mich; und so Gott es will, bin ich morgen noch vor Mittag von Feldkirch zurück.“ „Es sind der Stunden gar viele bis Feldkirch, der Weg ist mühsam, besonders zur Nachtzeit; doch geh' nur, Sub, und Gott geb' dir sein Beile.“ „Gestern legte Jakob Stöck dem vor Erregung zitternden Sohn die Hände auf das Haupt.“ „Nach bevor sich die Nacht mit ihrem stillen Frieden über die Erde ausgebreitet hatte, besand sich der Alois auf der mühsamen, beschwerlichen Wanderung nach Feldkirch.“ „Aber auch im Hause seiner Eltern verlor in dieser Nacht das Licht nicht; wachend und betend erwarteten sie den Tag.“

Dreizehntes Kapitel

 „Feldkirch, das von den Oesterreichern zu Ende des 14. Jahrhunderts erworbene schöne Städtchen des Boralbergs, von hohen Berggipfeln umgeben, inmitten von österreichischen Soldaten, die zum Schutze gegen die immer weiter vordringenden Schweden hier ihr Lager aufgeschlagen hatten.“ „Auf der prächtigen, auf einer Berghöhe gelegenen, alten Festung, der ehemaligen Ritterburg der kriegerischen Grafen von Montfort, weilte Graf Franz Maria von Hohenzollern zum Besuche des Kommandanten.“ „In frühster Morgenstunde betrat der Alois, der die ganze Nacht hindurch stumm gewandert war, den Schloßhof der Festung und begehrte Einlaß, um den Grafen Franz Maria sprechen zu können.“ „Gott“, sagte der alte, grimmige Leutnant und maß den zwischen mit flehendem Blick von oben bis unten. „Gott, was Sie nicht denkt, Barock! So hohe Herren pflegt man nicht so früh zu stören.“ „Ist eine eilige Botschaft, die ich hab.“ „Eine eilige Botschaft, he? Nicht eine kaiserliche, he? Oder eine vom Erzherzog, he?“ „Der Alois schüttelte den Kopf.“ „Nicht so eine ist's, he? — Goho, junger Herrsch, wird nicht so eilig sein, um einen so früh damit aus den Federn zu jagen. Der Graf Franz Maria hat mit unserm Herrn und vielen Kompanien mühsig gearbeitet gestern Abend, der heutige Feldkircher bräuen vom Ardenberg ist in Strömen geflossen, die Becher klingen noch aneinander, als schon der Morgen graue. He, Herrsch, ich will Euch etwas sagen, den Grafen Franz Maria könnt' man jetzt nicht noch kriegen, und wenn man mit Trompetenherren in sein Gemach bringen wolle; der schläft keinen Rauch ans jetzt. Ich geb' Euch den guten Rat, kommt in zwei oder drei Stunden wieder herbei; viel leicht daß die Götter dann günstiger für Euch und Eure eilige Botschaft steht.“ „Der Leutnant schloß mit seinen beiden Händen das schwere Tor mit großem Gedröse vor der Pforte zu. (Gott, da

Ein Sieg des Internationalismus in Oesterreich.

Die internationale Sozialdemokratie hat in Brunn bei den Wahlen zur Arbeiterkammer einen prächtigen Sieg über die Separatisten und die Deutschnationalen errufen. Die Deutschnationalen hatten den Zwisch, den die tschechischen Separatisten in die Arbeiterbewegung getragen haben, auszunutzen und der Arbeiterklasse die Klasse, die sie seit 15 Jahren inne hatte, entreissen zu können. Sie arbeiteten mit Hochdruck und Lieben durch die Unternehmer die Angelegten und Arbeiter kräftig mit allen Mitteln des rücksichtslosesten Terrorismus bedrückten. Daneben fehlten Versprechungen und Freitier nicht. Am Wahltag entfalteten sie einen gewaltigen Schleppeidienst. Es war indes alles umsonst. Das Wahlergebnis lautete: Zentralistische Sozialdemokraten 3471, Deutschnationalen 1081, Separatisten 594 Stimmen!

Der tschechische Separatismus, der hier seine erste Kraftprobe unternommen hat, erlitt also eine zerschmetternde Niederlage, obwohl er keine Mittel gescheut hat, das Wahlergebnis zu seinen Gunsten zu wenden. Das Schicksal darunter war die Anrufung der Polizei gegen eine Versammlung der Zentralisten durch den Separatistenführer Vanek. Das Organ der tschechischen Separatisten führte im Wahlkampf gegen die Zentralisten eine Sprache, die alle Begriffe übersteigt. Die Deutschnationalen brauchten die Artikel dieses „sozialdemokratischen“ Blattes nur ins Deutsche zu übersetzen, um eine Leporellothe der giftigsten Anwürfe gegen die Zentralisten zu haben. Um so erfreulicher ist es, daß das Wahlergebnis die Schwäche der Separatisten enthüllt. Es zeigt, daß der größere Teil der tschechischen Sozialdemokraten zu einsichtsvoll ist, um den Separatismus und Nationalismus mitzumachen, daß der internationale Gedanke auch im tschechischen Proletariat feste Wurzeln geschlagen. Die Nachricht wird in der ganzen Internationale der Arbeit freudig aufgenommen werden.

Die Beteiligung der Frauen an den Gewerbeberichts-wahlen in Oesterreich. Die österreichischen Gewerbeberichts-gesetze verleißen — ganz im Gegensatz zu den deutschen Gesetzen — auch den Frauen das passive Wahlrecht zu den Wahlen der Weisger für die Gewerbeberichte. Das arbeitsstatistische Amt des österreichischen Handelsministeriums hat jedoch auf Wunsch des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eine Umfrage über die Beteiligung der Frauen an den Wahlen vorgenommen. Das Ergebnis ist ein befriedigendes. Nur bei zwei kleinen Gerichten haben sich weibliche Frauen nicht beteiligt. Bei den größeren Gerichten war die Wahlbeteiligung der Frauen eine umfangreiche. Es beteiligten sich bei den letzten Wahlen im Jahre 1910 Frauen in Auffs 500, Sagerndorf 340, Willen 159, Proffnitz 263, Reichenberg 322, Triefitz 848, Wien 620, Graß 200 usw. Besonders ist, daß sich die Anteilnahme der Frauen an den Wahlen ständig gehoben hat. So beteiligten sich in Wiesel im Jahre 1908 an der Wahl 299 Frauen, im Jahre 1910 aber 410, in Eggenowitz hingegen in der gleichen Zeit die Wahlbeteiligung von 32 auf 88 wies. Die Unterscheidung der Wähler nach Unternehmern und Arbeitern ergibt, daß sich überall auch eine Anzahl Arbeiterinnen an der Wahl beteiligten. Die Trennung der Wähler nach Berufsgruppen zeigt, daß vornehmlich die Textilarbeiterinnen an der Wahlbeteiligung teilnehmen.

Die Erfahrungen könnten der deutschen Gesetzgebung ein Ansporn sein, endlich auch bei uns den Arbeiterinnen ihr Wahlrecht unteil werden zu lassen.

Die passive Resistenz der Triester Beamten hat den erwarteten Erfolg gehabt. Nach einer Weidung aus Triest sprach gestern eine Deputation der Triester Beamten, Unterbeamten und Arbeiter der Staatsbahn bei dem Staatsbahndirektor vor, und unterbreitete ihm auf neue die Bitte um Verbesserung ihrer materiellen Lage. Die Deputation wurde durch den Bescheld des Staatsbahndirektors zufrieden gestellt.

Zur Verabschiedung des serbischen Kriegsministers. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der serbische Kriegsminister gab seine Entlassung, unmittelbar nachdem der deutsche Gesandte wegen der von dem Minister gegen ihn ausgesprochenen Insinuation den darauf gerichteten Antrag gestellt hatte. Die Entlassung des Kriegsministers wurde dem deutschen Vertreter vom Minister des Auswärtigen, Mikolajewitsch, amtlich mitgeteilt. Außerdem ließ der Minister des Auswärtigen der kaiserlichen Regierung sein Bedauern über das Verhalten des Kriegsministers ausdrücken. Wenn serbische Blätter noch andere Gründe für den Rücktritt anführen, ändert dies, gleichgültig, ob ihre Behauptungen richtig oder nachträglich ad hoc aufgestellt sind, an Vorstehendem nichts. Ebenso sind nachträgliche Versicherungen des Scheidenden selbst für die kaiserliche Regierung und ihre Vertretung in Belgrad belanglos. — Hurra! Wir haben über Serbien gesiegt. So gar diplomatisch.

Das schlechte Beispiel. Bei der holländischen zweiten Kammer ist jetzt eine Vorlage eingetroffen über Verbrauchssteuern auf Tabak undzigarren. Die Steuer wird zehn Prozent des Verkaufswertes betragen. Ihr Erlös wird auf zwei Millionen Gulden veranschlagt.

Spanien und der Vatikan. „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine Note, in der sich der Vatikan bereit erklärt, auf den Vorschlag der spanischen Regierung betreffend die Wiederannahme der Verhandlungen über die Verminderung der Ordens der relikviösen Kongregationen und die Auslegung der Artikel 29 und 30 des Koncordates unter folgenden Bedingungen einzugehen: 1. Die neuen Verhandlungen sollen die Bestimmungen des Koncordates und die Grundzüge der kanonischen Rechte bezogen zum Ausgangspunkt nehmen, daß keine Änderung in der juristischen Stellung der Ordens der Kongregationen ohne vorherige Verständigung mit dem Heiligen Stuhl eingeleitet wird. 2. Die Verhandlungen sollen auf den Teil des Vereinigungsvertrages, welcher die religiösen Gemeinschaften behandelt, ausgeht werden. 3. Die spanische Regierung darf während der Dauer der Verhandlungen keine Verfügung erlassen, die den Verhandlungen vorgehen könnte. Wenn dem Vatikan die Forderungen gezeigt werden, kann er auch vernünftig werden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Der Kampf unter den Polen. In Bismarckhütte beschloß eine Polenversammlung, wie die „Gazeta Polska“ meldet, folgende Resolution: Wir sind mit dem polnischen Programm der in Bismarckhütte gegründeten polnischen Partei nicht einverstanden. Wir können zu den Begründern dieser Partei — Napieralski und Korkany — kein Vertrauen hegen, weil diese Menschen das polnische Volk wiederholte gekränkt haben, und zwar in polnischer wie in allgemeiner Hinsicht. Das polnische Volk ist von der ganzen Polenfraktion sowohl bei der Abstimmung über die Finanzreform als auch über die Sozialreform ungenügend gekränkt und verraten worden, daß es mit dieser ganzen Gesellschaft Schluss machen und nur noch Sozialdemokraten wählen sollte.

Wahlkreis Jauer-Landeshut-Vollkenhain.

Laute Beschlüsse findet die diesjährige Wahlkreis-Konferenz am 8. April d. J., Vormittags 11 Uhr, in Frau Brandtens Gerichtsstube in Rothenbach Nat. Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- 1. Jahres- und Kasienbericht.
- 2. Die Reichstagswahlen.
- 3. Beitragsfestlegung.
- 4. Anträge.
- 5. Verschiedenes.

Wir bitten namentlich die Genossen und Genossinnen des Wahlkreises, unzerzählt an die Beratung der Tagesordnung heranzutreten und die Delegierten zu wählen. Für je 100 Mitglieder wird ein Delegierter, für jedes angefallene Hundert ebenfalls ein Delegierter gewählt. Dringend erwünscht ist auch die Wahl weiblicher Delegierter. Anträge müssen bis spätestens den 20. März an den Kreisvertrauensmann Genossen Gust. Broll, Landeshut, Gashof zur Sonne, eingereicht sein. Der Wahlkreisvorstand.

Schweidnitz, 2. März. Wieder ein bestraffter Nahrungsmitteleisler. Wiederholt mußten in letzter Zeit Nahrungsmitteleisler bestraft werden. Auch am Dienstag hatte sich die hiesige Strafammer mit einem solchen Betrüger zu befassen und zwar handelte es sich um den Fleischermeister Röhre aus Lindenberg hiesigen Kreises. Das Gutachten des Sachverständigen lautete dahin, daß R. zur Herstellung einer bestimmten Wurstsorte zum größten Teil minderwertige Zutaten verwendete und außerdem noch 4 Prozent Stärkemehl beimeingete. Der Angeklagte meinte zu seiner Entschuldigung, daß diese Wurstsorte „ganz besonders gern und viel gekauft“ worden sei. Das Gericht verurteilte den Wurstfabrikanten zu nur 30 Mark Geldstrafe. — Die armen Hausbesitzer. Am 12. September v. J. stürzte ein Kran in den Keller des Hauses Fleischstraße 3, wobei er sich blutende Verletzungen ausog. Der Besitzer des Grundstücks, der Kaufmann Bruno Nowal, hatte sich hierhalb wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Obwohl durch die Weiskannahme festgestellt wurde, daß die im Hauswerk befindliche Kellereöffnung ohne Schutzgitter war, erfolgte dennoch kostenloser Freisprechung. — Töblicher Unglücksfall. Das fünfjährige Töchterchen des Volkshändlers Steinberg spielte mit noch anderen Kindern in einem Gehst auf der Bahnhofsstraße. In einem dort angelegten großen Schlitzen kletterten die Kinder herum, wodurch derselbe umfiel und die kleine Steinberg darauf an den Kopf traf, daß sie besinnungslos liegen blieb. Des anderen Tags verstarb das Kind.

Liegnitz, 2. März. Eine „feine“ Submissionsliste. Für den Fundamentbau des neuen Polomobilschuppens auf dem hiesigen Staatsbahnhof gingen 19 Offerten ein. Davon ab die niedrigste mit 9885,04 Mark der Architekt und Maurermeister Werner von hier ab, während die höchste Offerte von Architekt und Maurermeister Palagk-Liegnitz ein, der 49.771,27 Mark verlangt. Angesichts solcher Preisdifferenzen muß man sich die Frage vorlegen: wer ist letzten Endes dabei immer der Profitierende? Auf einer Seite muß es sich doch äußern und zwar wird es in den meisten Fällen der Arbeiter sein, der dafür zu büßen hat.

Liegnitz, 2. März. Die Bantischer-Aussperrung dauert in unveränderter Weise fort. Den Aussperrten ist es bis jetzt gelungen, Arbeitswillige fernzuhalten. Die Arbeiter machen verweirte Ansetzungen, die notwendigen Ersatzkräfte heranzustellen und scheuen sich dabei nicht, Ärgern in die Welt hinauszuposaunen, indem sie in ihren „Geusen“ zum Ausdruck bringen, daß die ganze Bewegung beigelegt sei. Bei ihren Arbeitswilligengedanken haben sie ihr liebevolles Auge speziell auf Oberschlesien bzw. die schlesischen Gebirgsregionen geworfen. Deshalb ist es gerade für die Fischer aus diesen Gegenden dringend notwendig, den Angeboten aus Liegnitz ganz besondere Voracht entgegenzubringen. Der Antrag von Bantichlern nach hier ist unter allen Umständen zu verhindern! Die Aussperrung dauert in aller Schärfe weiter!

Liegnitz, 2. März. Selbstmord verübte am Dienstag Mittag der bei der hiesigen Konfektionsfirma Caro u. Ries beschäftigte 18jährige Kaufmannslehrling Weigert. In der Mittagsstunde, während alle übrigen Angestellten bereits zu Tisch gegangen, erhängte er sich im Lagerraum. Ursache unbekannt.

Görlitz, 2. März. Eine Beamtenbestehungs-geschichte beschäftigte am Dienstag zum zweiten Male das hiesige Schöffengericht. Angeklagt waren der Gerichtsberichterstatter und der Verantwortliche unseres Görlitzer Parteiblattes. Im Juni 1910 berichtete die „Görlitzer Volkszeitung“ über eine Strafammer-verhandlung, in der sich der Fabrikbesitzer Engel-Niesitz (Ober-Lausitz) zu verantworten hatte, weil er seinen Konkurrenten, den Fabrikbesitzer von Unwerth, beschuldigt hatte, Eisenbahnbeamte bestochen zu haben. In der Verhandlung verweigerten der belästigte Fabrikbesitzer und der Eisenbahnverwalter Spieweg-Breslau die Aussage. Das Gericht kam darauf gegen Engel zu einem Freispruch. Dem Gerichtsberichterstatter unseres Görlitzer Parteiblattes unterließ der Jurist, Spieweg sei Mitglied der Eisenbahndirektion, so daß die Auffassung möglich war, Mitgliedern der Eisenbahndirektion sei der Vorwurf gemacht worden, bestochen worden zu sein. Die Eisenbahndirektion in Breslau und Berlin stellten Strafantrag. An der ersten Verhandlung, am 18. November 1910, erklärten beide Angeklagte, es habe ihnen fern gelegen, Unbeteiligte bestechen zu lassen. Es kam zu Vergleichsverhandlungen, die aber schließlich scheiterten, da die Direktion auf Strafverfolgung bestand. In der neuen Verhandlung erklärte das Gericht auf je 200 Mark Geldstrafe, oder 40 Tage Gefängnis. Die Angeklagten hätten das Bewußtsein haben müssen, daß sich Mitglieder der Eisenbahndirektion belästigt fühlen müßten.

Görlitz, 2. März. Ermäßigung der Steuern. Der Magistrat macht den Vorschlag, den Zuschlag zur Staats-Einkommen-Steuer von 185 Prozent auf 175 Prozent, also um zehn Prozent zu ermäßigen, den Zuschlag zu den fängierten Steuerzinsen für die Einkommen von mehr als 420 Mark bis 900 Mark von 140 auf 120 Prozent, die Realsteuer von 215 auf 200 Prozent, also um 15 Prozent, und die Betriebssteuer von 75 auf 65 Prozent. Eine so erfreuliche Mitteilung für Steuerzahler kommt leider sehr selten. Weist sind es immer nur Steuerhühner, die angeklagt werden.

Görlitz, 2. März. In dem Mordeinrang wasser berichtet der „Boten“: Am 27. Februar wurden Gasthofbesitzer Ebring-Schosdorf, Bahnsteigkassierer Keller-Greifenberg und Chauffeurmeister Steiger-Mitendorf nach Görlitz verhaftet. Es wurden ihnen hier der wegen Mordverdachts verhaftete Maas und die ihn begleitende Frau vorgestellt. Alle drei Herren erkannten beide Personen wieder. Bei Herrn Ebring (Gasthof zum Gebirgs-bahn-Schosdorf) hatten sie sich am Nordtag einige Zeit aufgehalten. Dem Chauffeurmeister Steiger waren sie am Abend des Nordtages begegnet. Herr Keller-Greifenberg hatte am Morgen nach dem Morde Dienst. Als das Bahnhofs-Empfangsgebäude geöffnet wurde, waren die beiden Personen schon da und erklärten, aus Groß-Siedlitz zu sein. Sie tranken Kaffee und lösten dann Fahrkarten nach Kanban. Wie die Nachforschungen damals ergeben haben, sind sie aber nur bis Schosdorf gefahren.

Weißelsdorf, 2. März. Ehrliche Duldsamkeit. Nach den Auslagen verschiedener Kirchenbesucher soll dem „Proletarier“ zufolge, Pastor Jakob in Lampersdorf am Sonntag, den 26. Februar, von der Kanzel herab folgende Ermahnung geäußert haben: „Diejenigen, welche aus der Kirche ausgetreten sind, kommen von jetzt ab nicht mehr in die Reihe, sondern werden an der Kirchhofmauer entlang herab gelassen; denn wenn sich dieselben im Leben von uns trennen, dann sollen sie auch im Toten von uns getrennt sein.“ Dies soll vom Gemeindeführer beschlossen worden sein. Wenn nach noch der hiesige Herr Pfarrer Jakob die weitere Konsequenz ziehen und auch alle diejenigen, die zunächst nicht unter der Kirche gelassen haben, an die Mauer verbannt werden.

dann wäre es mit seinen Extra-Einnahmen für Zeichenreden wahrscheinlich sehr schlecht bestellt.

Kroschitz, 2. März. Verhafteter Falschmünzer. Seit einiger Zeit wurden hier wiederholt falsche Zwei-Mark-Stücke im Verkehr bemerkt. Den Verbrechen der Geldverfälschung ist es gelungen, als Falschmünzer den Schmied Anton Jaskowski aus Kroschitz (Kr. Kroschitz) zu ermitteln. Eine bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung hat den Verdacht bestätigt. Es sind in der Schmiede verschiedene Handwerkzeuge zur Verfertigung von Scheinmünzen, Einmal- und Zweimal-Stücken, sowie Blei, Zinn und Kupfer und in der Wiege unter Strohhäcksel ein falsches Einmalstück vorgefunden worden. Jaskowski wurde verhaftet.

Blum, 2. März. Gasvergiftung in der Kirche. Durch Ausströmen von Gas wurden beim Gottesdienst in der evangelischen Kirche am Sonntag mehrere Personen ohnmächtig. Als der Geistliche die Schlußkündigung verlas und sich die Gemeindeglieder über ihren Blagen erhob, brachen gegen 20 Personen zusammen und mußten heraufgeschafft werden. Beim Singen des Schlußverses fiel auch der Pfälgertrater um, so daß die Orgel plötzlich verstummte. — Also selbst in der Kirche sind die Frommen vor Gefahren nicht sicher.

Aus Oberschlesien.

Oppeln, 2. März. Vom Automobil totgefahren wurde auf der Chaussee von Gnadenfeld nach Gieraltowitz ein 25-jähriger Frau. Der Kopf der Unglücklichen wurde vollständig zertrümmert.

Reiße, 2. März. Groß-Reiße. Die von allen beteiligten Faktoren beschlossene Eingewandlung von Mühlengasse, Gräferei, Mittelneuland und Neuland-Parzell hat jetzt die Genehmigung der Regierung erhalten, und da namentlich die Stadt Reiße einen besonderen Stadtkreis bilden kann, wird sich die Stadtverordnetenversammlung in ihrer nächsten Sitzung mit einem diesbezüglichen Magistratsantrag beschäftigen.

Reiße, 2. März. Eine sehr wichtige Entscheidung. Seit Jahr und Tag werden an den verschiedensten Gerichten Prozesse wegen der zahlreichen Vergräbnisse geführt. Mit großer Hartnäckigkeit wehren sich die Grubenmagistrate, die entstandenen Schäden zu ersetzen. Ganz besonders gilt dieses von der Verwaltung des frommen Zentrums-Graen Valletreem. In Reiße und den umliegenden Dörfern führen Hunderte von Hausbesitzern seit Jahren derartige Prozesse. Endlich ist es dem Gemeindevorsteher Elmas gelungen, ein obstruierendes Urteil zu erzwingen. Das Grundbuch Elmas lag im Bauplane der Gemeinde Dzegom, konnte aber nicht beauftragt werden, da sich durch den Grubenabbau dies als unumgänglich herausgestellt hatte. Die Valletreem'schen Verwaltungen lehnten jede Entschädigung ab, worauf ein langwieriger Prozeß entstand. Das Landgericht Reußen sprach Elmas eine Entschädigung von 11.000 Mk. zu. Auf diesem Standpunkt stellte sich als Berufungsinstanz das Oberlandesgericht Breslau. Die eingeleitete Revision ist vom Reichsgericht mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß Elmas durch das Nichtbeauftragen des Grundbuches einen Schaden erlitten hat und daß, gemäß § 148 des allgemeinen Vergesetzes, die Gruben verpflichtet sind, Schadenersatz zu leisten.

Offiziell genügt diese Entscheidung, um den vielen Prozessen ein Ende zu bereiten und den Geschädigten zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Olzowitz, 2. März. Verfrühtes Sittlichkeitsverbrechen. Dienstag Mittag zwischen 11 und 12 Uhr ging die Frau eines Arbeiters aus Olzowitz durch den Stadtwald, um ihrem Mann das Mittagessen in das Huldshaus-Werk zu bringen. In der Nähe der alten Schießstandwache trat ein Mann mit schwarzem Filzhut und schwarzem Ueberzieher in besserer Kleidung an sie heran und versuchte sie zu überwältigen. Die Frau wehrte sich nach Kräften und ließ sich, trotzdem sie von dem Unhold mit dem Messer bedroht wurde, nicht einschüchtern. Dem harten Kampfe machte das Nehen eines Mannes ein Ende.

Jabrze, 2. März. Das Straßenbahnprojekt Jabrze-Mikulskisch scheint gesichert zu sein. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung konnte der Bürgermeister Feld die erfreuliche Mitteilung machen, daß der schwierige Punkt, der in der Beteiligung der Gemeinde Jabrze am Gewinn lag, glücklich gelöst worden ist. Es ist vertragsmäßig festgestellt worden, daß Kreis und Gemeinde Jabrze zusammen an dem Gewinn partizipieren. Die Vereinbarungen, die schriftlich festgelegt worden sind, bleiben auch dann bestehen, wenn Jabrze aus dem Kreise ausscheiden sollte. Damit sind die Schwierigkeiten, die noch bis vor ganz kurzer Zeit bestanden, beseitigt. Mit der Inbetriebnahme der neuen Strecke wird ebenfalls im Sommerhalbjahr oder Herbst 1912 zu rechnen sein.

Bismarckhütte, 2. März. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag, den 5. März, Vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung im Gemeindeführerlokale Eichen-dorffstraße 2. Wichtige Tagesordnung. Vortrag des Genossen Bielbyga-Deutzen. Zutritt nur für Mitglieder.

Bismarckhütte, 2. März. Schwer verbrannt wurde ein neunjähriges Mädchen von der Bismarckstraße, deren Kleider beim Kohlenholen mit einer brennenden Lampe im Keller Feuer fingen. An ihrem Ankommen wird geweiht.

Scharitz, 2. März. Betrügerische Hausbesitzer. Unerbittliche Wasserentnahme haben hierseits einige Hausbesitzer verübt. Die Polizeiverwaltung hat festgestellt, daß die Grundbesitzer die Wasserleitung eigenmächtig geändert hatten, und stellte bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige.

Wyslowitz, 2. März. Einem schweren Kampf mit einem Geisteskranken hatte am Sonntag Nachmittag der hiesige Arzt Dr. Mohler zu bestehen. Er hatte von der Eisenbahndirektion Kattowitz den Auftrag erhalten, den Arbeiter Kunz arztlich zu untersuchen. Kunz ist vor 5 Jahren beim Eisenbahn-Unfall in Czernitz zu Schaden gekommen und war seit dieser Zeit geistesgestört. Infolgedessen zahlt ihm die Bahnverwaltung eine Monatsrente von 75 Mk. Um festzustellen, ob die Geisteskrankheit sich vermindert habe, sollte die ärztliche Untersuchung stattfinden. Kunz hatte der Arzt die Wohnung des Kranken betreten, als dieser ein Bombardement mit Degen, Gläsern, Tellern gegen den Arzt eröffnete. Im Innern hatte er auch die Tür des Zimmers abgeschlossen und verbot Dr. Mohler zu Boden zu weichen. Es spielte sich nun hinter verschlossenen Türen ein Kampf zwischen dem Arzt und dem Wahnsinnigen ab, der aber eine halbe Stunde dauerte und der den Arzt infolgedessen in eine kritische Lage brachte, als Kunz eine Hacke ergreifen hatte und auf den Arzt einschlug. Dieser konnte sich erst befreien, nachdem es ihm gelungen war, die Tür zu sprengen. Dr. Mohler hat am linken Arm sehr erhebliche Verletzungen davongetragen. Kunz wurde jetzt, der „Oberschl. Volksztg.“ zufolge, als gemeingefährlich in die hiesige Irrenanstalt eingeliefert.

Wyslowitz, 2. März. Eine gefährdete Eisenbahnbrücke. Die Eisenbahnbrücke über die Byzemska bei der Dreiwinkelkreuzung in Gefahr, unterstellt zu werden. Die auf drei mächtigen Quaderpfeilern ruhende Brücke vermittelt den Verkehr auf der Strecke Wyslowitz-Gatowa (Oberschlesien). Die Byzemska hat vor der Brücke ein starkes Gefälle und hat im Laufe der Zeit dem Untergrund stark angefügt, so daß erste Befürchtungen bestehen. Die beidenseitigen Eisenbahndirektionen stehen daher im Begriff, über die Befestigung dieser Brücke und den Einbau einer Stützmauer zu verhandeln. Es ist auch bereits ein Entwurf nebst Kostenanschlag angefertigt worden. Die Unkosten sind auf 320.000 Mk. veranschlagt und die Kattowitzer Eisenbahndirektion hat sich bereits bereit erklärt, die Hälfte der Unkosten zu übernehmen. Außer der Befestigung der Pfeilerhöhe wird die Brücke einer Stützmauer auch noch den Verkehr im Gefolge haben, daß die Schiffsbarkeit der Byzemska ganz bedeutend gemindert würde.

Wyslowitz, 2. März. Eine gefährdete Eisenbahnbrücke. Die Eisenbahnbrücke über die Byzemska bei der Dreiwinkelkreuzung in Gefahr, unterstellt zu werden. Die auf drei mächtigen Quaderpfeilern ruhende Brücke vermittelt den Verkehr auf der Strecke Wyslowitz-Gatowa (Oberschlesien). Die Byzemska hat vor der Brücke ein starkes Gefälle und hat im Laufe der Zeit dem Untergrund stark angefügt, so daß erste Befürchtungen bestehen. Die beidenseitigen Eisenbahndirektionen stehen daher im Begriff, über die Befestigung dieser Brücke und den Einbau einer Stützmauer zu verhandeln. Es ist auch bereits ein Entwurf nebst Kostenanschlag angefertigt worden. Die Unkosten sind auf 320.000 Mk. veranschlagt und die Kattowitzer Eisenbahndirektion hat sich bereits bereit erklärt, die Hälfte der Unkosten zu übernehmen. Außer der Befestigung der Pfeilerhöhe wird die Brücke einer Stützmauer auch noch den Verkehr im Gefolge haben, daß die Schiffsbarkeit der Byzemska ganz bedeutend gemindert würde.

Auf zu Messow's Kindertag

Messow & Waldschmidt

Freitag

Sonnabend

Kinder-Tage



Gratis erhält jedes Kind in Begleitung Erwachsener: **1 Postkartenheft** oder **1 Schreibmappe** oder **2 Notizbücher mit Bleistift** oder **1 Bogen Stammbuchbilder** oder **1 Bogen Soldaten** zum Ausschneiden oder **10 Serienbilder** oder **1 Düte Konfekt** oder **Haarschleifenbänder** oder andere hübsche Geschenke.

- Schreibhefte alle Linaturen Dtd. 48
- 25 Bogen blau Einschlag 10
- 10 Bogen Einschlag stark 8 durchsichtig 7
- 25 Löschblätter 5 10 Etiketten 3
- Diarium Harteinband, 144 Seiten Stück 13
- Tagebuch 96 Seiten, Harteinband Stück 18
- Wachstuch-Diarium 60 Seiten, illustriert, un- 16
- illustriert, kariert, Stück
- Oktafhefte 3 extra stark Heft 5
- Aufgabenhefte mit Stundenplan, Stück 3, 4, 3
- Zeichenblocks weiss oder grau Stück 8
- Zeichenkohle Karten 7 u. 5
- Zirkelgarnitur gelb 38, 28
- Federkasten einfache und doppelte 8
- Federhalterretais gefüllt Stück 85, 45
- Ordnungsmappen gefüllt Stück 22
- Bleistifte bunt lackiert Dtd. 20
- Buntstifte Karton 3, 5 Federn Dtd. 3
- Alfredfedern Dtd. 7 Federhalter St. 2
- Radiergummi St. 2 Tintenwischer St. 4
- Lineale mit Stahlmisse Stück 12, 8, 5
- Winkel Rechteck und spitz Stück 14, 8
- Reisschienen 30, 32 Kaisertinte 4
- Reisswerkzeuge 12 Dtd. 16
- Reisswerkzeuge Stahl 100 Stück 18
- Butterbrotpapier 100 Blatt 18

- Kinder-Wachstuchgürtel schwarz Stück 15
- Kinder-Wachstuchgürtel bunt Stück 22
- Lackleder-Gürtel schwarz Stück 42
- Lackleder-Gürtel bunt Stück 60
- Handarbeitstäschchen Stück 42
- Stramin Meter 24
- Stichbücher Stück 7
- Kinderstrumpfhalter Paar 15
- Strumpfummireste 5
- Kinder-Armbändchen Paar 5
- Stichgarn mit Glanz weiss 4, bunt 5

Perlgarn-Kinder-Anzüge					
Grösse	55	60	65	70	75 cm
mit Aermel	62	75	85	98	110 P.
ohne Aermel	52	65	75	90	98 P.

- Kinderspangen mit Blumen 18 14
- Kindergrundkämmen Stück 9
- Kinderspangenkämme Stück 22
- Haarschleifenhalter Stück 7 5
- Frisierkämmen, schwarz Stück 35
- Blumenfettseife Stück 11, 7 5
- Glycerinseife Stück 5
- Mandelseife Stück 9
- Känguruseife Stück 15
- Parfüms Fl. 22
- Honiglycerinseife Stück 15
- Königlich Wasser 22
- Bücherträger 2 feste, mit Kaliko über- 90
- zogenem Deckel, Wach-
stuchklappen und Riemen Stück
- Bücherriemen doppelt, mit Griff Stück 45
- Bücherranzen für Knaben u. Mädchen Stück 50
- Bücherranzen genäht u. eingetastet Stück 1,89, 125
- Schließerranzen Stück 3,75, 350
- Kinderflaschen mit Strich Stück 5, 500
- Kinder-Frühstückstaschen Stück 45
- Kaffeebecher Porzellan, Stahl- und 10
- Delfinmuster Stück
- Kinderkränze Glas, Stück 9, mit Bild 25
- Kinderflaschen mit Strich Stück 5
- Gummisanger Stück 9, 5
- Milchbecher mit Deckel Stück 25
- Holz-Schreibzeug in Glasflaschen 45
- Kinderbecher Alabaster Stück 18
- Kinderbesteck Paar 32, 15
- Kinderbesteck Paar 48
- Kinderlöffel Stück 12
- Kinderfrühstückstaschen aus Ankeren Stück 24
- Reifenringe Paar 1,85, 95
- Kinderlöffel 22 bis 6
- Handlöffel 25, 18, 8
- Gummirollen 28, 22, 15, 10, 9

- Kinder-Frühstückstaschen Bind- 90
- leder St.
- Kinder-Portemonnaies Stück 20
- Kinder-Handtäschchen Stück 42, 35
- Postkarten-Albams Stück 65, 45, 35
- Reinseidenschottische Lavalliers 48, 32
- Weisse Kinderkrugens aus Bast- 75
- mit Stückerel a-jour-Stoff mit Stückerel 55, 75
- Mädchenkrugens in weiss und grau, aus 65
- Stückerel Matrosenkrugens f. Knaben 115
- oder Mädchen Stück
- Imitiert gehäkelte Bett-Einsätze 18
- mit dir. Sprühen für Kinderbetten ge-
eignet Stück
- Gezogene Wäsche-Spitzen für 15
- Kinder-
Höckchen Meter 28,
- Madapolame-Bogen aus Doppelstoff 9
- in glatt und ge-
locht Meter 12,
- Reins. Chine-Haarschleifenbänder 28
- Meter
- Haar-Rosetten aus reinseidenerm Taffé- 28
- band Stück 45,
- Reinseid. Haarschleifen-Reste 9
- Schwarze reinseid. Taftbänder 25
- für breite Mozarschleifen 33,
- Kinder-Steckkrugens mit Sattel, Leinen, 23
- 1fach l. all. Weiten
- Knaben-Chemisets mit Krugens 33
- Knaben-Servietens in glatt m. Falten 35
- Stück 55,
- Kinder-Manschetten Paar 22
- Knaben-Krawatten (Schleifen) 38, 25
- Knaben-Hosenrührer Gummi Stück 75, 28
- Knaben-Steckkrugens 4fach Stück 23
- Reinseidene Selbsthinder für Schüler Stück 45, 25
- Semihüte grün Filz mit Feder Stück 98
- Knabenschürzen aus gestreift. Wasch- 45
- stoffen Stück
- Reform-Hängeschürzen schwarz 98
- mit Volant und Besatz, nur kleine 98
- Größen Stück
- Knaben-Sweater glatt gestreift, 58
- Riesenschwanz Stück 4,50 bis
- Kinder-Lederspangenschuhe schwarz und farbig bis Grösse 28, Paar 145
- Spardöschen Stück 10
- Boninos Stück 28, 22, 9
- Zelluloid-Steinart Stück 28, 15, 9, 8
- Kinderwagen Stück 45, 25, 10
- Gekleid. Puppen Stück 45, 38, 25
- Hand mit Stimme 2/2 ca hoch 95
- Filz mit Flaschen Stück
- Werpuppen Stück 75 45, 28
- Charakter-Baby mit Haarschleifen Stück 95, 85, 68, 45
- Hi-Ba-Ba aus Filz mit diversen 45
- Thiergeräten Stück 1,45, 95,
- Gesellschaftsspiele Stück 45, 38
- Sandwagen Stück 45, 38
- Sandwagen Stück 95, 48
- Kinderesservice 1,60, 1,45, 48
- Rechenmaschine 45, 38, 25

- Steckkissen weiss Wallis oder Linon, mit Spitzen oder 125
- Stückerel garniert Stück 1,90,
- Steckkissen-Inlett rot und grau gestreift, Stück 1,20, 98
- Erstlingshemdchen Trimming- oder Bogenbesatz, Stück 30, 22
- Gestrickte Jäckchen Stück 45, 28
- Piqué-Jäckchen mit Spitzen- oder Stückerelbesatz Stück 55, 35
- Wickelflecke crème Molton Stück 65, 45
- Windeln dünn Stück 45, 35
- Gummiflecke Stück 40, 25
- Wickelschnuren 1/2 Meter lang Stück 38, 15
- Kinderlätzchen mit reicher Stückerelgarnierung, Stück 38, 25
- Kinderbüdeltücher Kräuselstoff Stück 1,20, 98
- Mädchenhemden weiss, für 6-7 Jahr. Stück 78
- Knabenhemden weiss, für 6-7 Jahr. Stück 88
- Mädchenhöschen geschlossen, Piqué oder Sommerstoff, 8-7 Jahr. Stück 110
- Mädchenröckchen mit Leib, Piqué mit Boge od. Stückerel 1,50, 120
- Kindertaschentücher weiss Linon mit bunter Kante, Stück 12, 8
- Kinder-Regenschirme Stück 1,75, 115
- Wollstoffe für Kinderkleidchen, glatt und kariert, Meter 1,20, 75
- Hygiene-Leibchen für Knaben und Mädchen, mit ausknöp- 85
- fbarem Gummi, bestlich empfohlen, und 1 Rest Gummiband für Strumpfhalter, zusammen
- weiss Körper mit verstellbarem Achselband, 3-14 Jahr. Stück 145
- Kinderleibchen 98
- Gürtel-Korsett für Konfirmanden Stück 125
- Mädchen-Korsett in schöner Ausführung. Stück 98
- Leibchen-Stoffhosen aus guten Besterstoffen mit Stoff- 98
- leibchen, für 3-10 Jahre. Stück
- Knaben-Stoffhosen lang, aus guten Besterstoffen, für 225
- 10-14 Jahre. Stück
- Knaben-Schulanzüge Blusen-Form, aus Ia. gemusterten 485
- Stoffen, eleg. verarb., für 5-8 Jahre
- Loden-Pelerinen aus grau und oliv Loden, mit Durch- 495
- griff, Tragbändern und abknöpfbarer 495
- Kapuze, für 6-16 Jahre. Stück
- Mädchen-Schulkleider Ia. Stoffe, ganz gefüttert, elegant 595
- verarbeitet, 6-10 Jahre. Stück
- Lammfell-Capes rot und weiss, mit Kapuchon und Gar- 245
- nierung. Stück
- Kinder-Capes marineblau, mit rotem Kapuchon. 145
- Tellermützen marineblau, mit reicher Garnierung, für 58
- Knaben und Mädchen. Stück 98, 78,
- Kieker Knaben-Mützen mit eingelegtem Drahtband und 68
- Inscripband. Stück 98,
- Knaben-Schildmützen marineblau, Prinz Heinrichform 58
- Knaben-Jockelmützen marineblau und gemustert, mit 28
- Absätzen. Stück 33,

Jugendchriften und Märchenbücher
für Knaben und Mädchen, illustriert, viele 18
Titel. Band

- die. die. gebunden Stück 48
- Kinderbroschen St. 8 Kinderringe St. 4
- Kinderarmbänder Stück 8
- Kinderhalsketten Stück 16, 14



- Tasse Chokolade mit Kuchen 15
- Tasse Kaffee mit Kuchen 15
- Torte mit Sahne 15

1. Beilage zu Nr. 53 der „Volkswacht“.

Freitag, den 3. März 1911.

Die Feuerbestattung in Preußen.

Der viel umstrittene Gesetzentwurf über die Feuerbestattung in Preußen ist dem Abgeordnetenhaus nun doch noch zugegangen. Er umfaßt 10 Paragraphen, die folgende wesentliche Bestimmungen enthalten:

Anlage von Krematorien und Urnenhallen.

Die Feuerbestattung darf nur in Landespolizeibehörden oder in von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden erteilt. Sie kann auch anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes erteilt werden, sofern die Zustimmung der für die Körperschaft zuständigen Aufsichtsbehörde vorliegt. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn die Einrichtungen den technischen Anforderungen nicht entsprechen oder wenn sich bei der Anlage geeignete Räume zur Unterbringung von Leichen nicht befinden oder wenn Bedenken in polizeilicher Hinsicht entgegenstehen.

Die Benutzung der Anlage darf nur nach Maßgabe einer von der staatlichen Aufsichtsbehörde der Körperschaft genehmigten Gebrauchsanordnung erfolgen, die einen Gebührentarif für die Benutzung der Einrichtungen enthält.

Bedingungen für die Feuerbestattungen.

Die Urnenreste von verstorbenen Leichen müssen entweder in Urnenhallen oder in einer anderen behördlich genehmigten Bestattungsanlage beigesetzt werden.

Die Verbrennung darf nur stattfinden, wenn beigebracht sind: die amtliche Sterbeurkunde, die amtliche Bescheinigung über die Todesursache, der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat und die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbeortes, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen, daß insbesondere ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, nicht vorliegt.

Vor der Erteilung der Bescheinigung ist die Leichenschauung vorzunehmen, wenn einer der beteiligten Ärzte sie zur Feststellung der Todesursache für erforderlich hält.

Der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung angeordnet hat, kann erbracht werden durch eine letztwillige Verfügung des Verstorbenen, durch eine mündliche Erklärung des Verstorbenen, die von einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person, als in ihrer Gegenwart abgegeben, beurkundet ist oder durch das von einer öffentlichen Behörde beglaubigte Zeugnis zweier glaubwürdigen Personen. Die Anordnung ist nur wirksam, wenn der Verstorbene sie nach Vollendung des 16. Lebensjahres getroffen hat. Sie kann nicht durch einen Vertreter getroffen werden.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer ohne Beachtung dieser Vorschriften die Verbrennung einer Leiche vornimmt oder wer die Urnenreste nicht in der Urnenhalle oder in einer anderen behördlich genehmigten Bestattungsanlage beisetzt.

Begründung.

In der Begründung des Entwurfs wird darauf hingewiesen, daß die vom Standpunkte der Rechtspflege gegen die Feuerbestattung erhobenen Bedenken nach dem heutigen Stande der medizinischen oder hygienischen Wissenschaften eine ausschlaggebende Bedeutung nicht mehr beanspruchen können. Es wird erklärt, daß die religiösen und kirchlichen Interessen bei Zulassung der salutariven Feuerbestattung nicht in dem Maße berührt werden, daß ihnen nicht durch entsprechende Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen im wesentlichen Rechnung getragen werden könnte. Bei der Ausgestaltung der vorhandenen Vorschriften ist davon ausgegangen worden, daß eine Änderung der bestehenden Vorschriften über das Bestattungswesen an sich nicht in Frage kommen, daß es sich vielmehr lediglich darum handeln kann, die Feuerbestattung in den Rahmen dieser Vorschriften einzufügen, und die durch die Besonderheit dieser Bestattungsart gebotenen ergänzenden Bestimmungen zu erlassen. Insbesondere sollen die in den Staatsgesetzen begründeten Rechte und Verpflichtungen zur Beschaffung und Unterhaltung der für die Beerdigung der Toten erforderlichen Einrichtungen, ebenso wie die kirchlichen

Ordnungen für das Bestattungswesen durch das zu erlassende Gesetz nicht berührt werden.

Es ist nun wohl zu erwarten, daß der Entwurf bald zur Beratung kommt und auch Preußen als ziemlich letzter Staat in Deutschland das Recht der Feuerbestattung gesetzlich garantiert wird. Erschwernisse werden ja auch dann genug vorhanden sein. Die behördlich genehmigte Gebrauchsanordnung mit Gebührentarif kann schon zu einer gut funktionierenden Bremse verwendet werden.

Parteiangelegenheiten.

Einen glänzenden Aufschwung konnte in der letzten Zeit unser Partei-Wigblatt „Der wahre Jakob“ verzeichnen. Es hat in seiner Fastnachtsummer mitteilen können, daß es die stattliche Auflage von 300 000 Exemplaren erreicht hat, eine Fiffer, mit der sich die Auflage der gleichartigen bürgerlichen Zeitschriften auch nicht entfernt messen kann. Die Entwicklung des „Wahren Jakob“, der mit der Waffe der Satire eine so erfolgreiche Propaganda zu betreiben vermochte, spiegelt sich deutlich in folgenden Zahlen wider. Die Auflage betrug zu Beginn des Jahres 1903: 163 000; 1904: 183 000; 1905: 185 000; 1906: 194 000; 1907: 223 000; 1908: 225 000; 1909: 232 000; 1910: 235 000.

Während die Entwicklung sich bis dahin in normalen Bahnen bewegte, machte die zweite Hälfte des Jahres 1910 einen außerordentlichen Aufschwung. Die Auflage wuchs im Januar 1910 auf 235 000, August 1910 auf 250 000, Oktober 1910 auf 268 000, Dezember 1910 auf 284 000, Januar 1911 auf 295 000, Februar 1911 auf 300 000.

Zweifellos hat die politische Hochspannung der jetzigen Zeit zu dieser glänzenden Entwicklung beigetragen. Hoffen wir, daß es dem „Wahren Jakob“ gelingen werde, nicht nur das einmal Erreichte zu erhalten, sondern auch recht bald über die nächsten neugewonnenen 100 000 Anhänger zu berichten.

Von der Parteipresse. Am 23. Februar beschloß eine Parteiverammlung in Augsburg einstimmig die Errichtung einer Parteidruckerei; am Tage darauf wurde die „Augsburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H.“ gegründet, die vor allem den Druck und Verlag des Parteiorgans für Schwaben, der „Schwäbischen Volkszeitung“, übernehmen wird. Bis jetzt wurde das Blatt in der Druckerei des Genossen Rossmann hergestellt. Die erkennliche Entwicklung des Augsburger Parteiorgans hat unseren Genossen die Erfüllung eines Wunsches ermöglicht, der seit Jahren gehegt wurde.

Arbeiterbewegung.

Tarifbewegungen in der Brauindustrie. Die Leipziger Brauereiarbeiter haben den seit 1. April 1908 für 16 Brauereien und 5 Bierwiederbeleger gültigen Tarif gekündigt. Abgeschlossen war der Tarif auf fünf Jahre, jedoch mit der Maßgabe, daß er schon zum Ablauf des dritten Tarifjahres gekündigt werden konnte. Das ist nun geschehen. In Rücksicht auf die zunehmende Teuerung des Lebensunterhalts muß auf eine Lohnerhöhung gedrungen werden. Eine stark besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter nahm die von der Kommission aufgestellten Forderungen, die außer einer zeitgemäßen Lohnerhöhung und sonstigen Verbesserungen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden enthalten (für das Jahrpersonal 10 Stunden), einstimmig an.

Auch die Brauereiarbeiter in Lübeck haben ihren Tarif gekündigt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Entschädigung der Sonntagsarbeit und Regelung der Arbeitszeit für Verfahrer. Der bis jetzt gültige, mit dem Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter abgeschlossene Tarif betrifft die vier Lagerbierbrauereien.

Ferner stehen die Brauereiarbeiter in Hannover in einer Tarifbewegung. Der gekündigte Vertrag umfaßt sieben Brauereien. Verlangt werden neben Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit noch sonstige zeitgemäße Arbeitsverbesserungen.

Mit den vier Schwärmer Brauereien ist es jetzt nach langwierigen Verhandlungen zu einer Tariferneuerung gekommen. Die Lohnerhöhung beträgt für die ganze Tarifdauer 275

Mark pro Mann und Woche. Sofort tritt eine Lohnerhöhung von 1,50 Mark ein, Sonntagsarbeiten kommen in Wegfall bzw. werden bezahlt. Noch mehrere andere Verbesserungen wurden erreicht, auch ein jährlicher Urlaub von 2-1 Tagen ohne Lohnabzug.

Nach vierwöchigem Streik der Arbeiter hat die Malzfabrik Maxl Balthasar in Mainz-Weisenau Frieden geschlossen und einen Tarifvertrag vereinbart. Zum günstigen Ausgang des Kampfes trug die moralische Unterstützung des Personals der Brauerei durch die Arbeiterschaft wesentlich bei. Erreicht wurde eine halbtägige Arbeitszeitverkürzung, 2,50 Mt. Lohnerhöhung pro Woche neben sonstigen Arbeitsverbesserungen.

Tarifverhandlungen im Baugewerbe. In der Provinz Schleswig-Holstein bestehen noch in vielen Orten, wo die baugewerblichen Arbeiter im Sommer 1910 ausgereizt waren, Tarifdifferenzen, die verhindern, daß die Verträge auf Grund des Dresdener Schiedsgerichtes zustande kommen. Diese Differenzen sollten belächlichen Schiedsgerichten oder dem Zentralschiedsgericht unterbreitet werden.

Der Arbeitgeberverband Schleswig-Holstein hat nun an die Bauverbände des Bauarbeiter- und Zimmererverbandes das Ersuchen gerichtet, in allen Differenzorten auf dem Wege nochmaliger Verhandlung, unter Mitwirkung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes und der Bauverbände der Arbeiterorganisationen den Versuch zu machen, die bestehenden Differenzen zu beseitigen, ohne daß die vorerwähnten Schiedsgerichte hierbei in Aktion treten.

Für die Orte Barmstedt, Elmhorn, Wilster, Burg i. D., Eddelad und Humm sind die Verhandlungssache schon festgestellt, für die übrigen Orte sollen noch Vereinbarungen getroffen werden.

Der Ausstand der graphischen Arbeiterschaft in Sofia in Bulgarien ist am 5. Februar erfolglos beendet worden. Der Ausstand dauerte sieben Tage und verursachte 41.000 Franks Kosten. Der Abbruch mußte wegen Mangels an Geldmitteln erfolgen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. März

Geschichtskalender.

3. März.

1871 Die Deutschen räumen Paris.
1906 Der russische revolutionäre Marineoffizier Schmidt wird zum Tode verurteilt.

Ueber Mütterheime

Am Mittwoch Abend Pastor Kiehl aus Hamburg in einer Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des Bundes für Mutterchutz. Es sei traurig, daß die Idee des Mutterchutzes überhaupt noch verfochten werden müsse, daß sie nicht ohne weiteres Gemeingut aller sei, denn niemals sei das Weib schuldhafter, als wenn es das Opfer der Mutterchaft auf sich nimmt. In den niederen Schichten sei die Mutterchaft ein besonderes Matrium. Nirgends werde der Verdienst des Mannes so bemessen, daß die Familie davon leben kann. Die Frau muß mit arbeiten und wenn ihr dies durch die Schwangerschaft und Mutterchaft unmöglich ist, lehrt die größte Not in der Familie ein. Deshalb könne der Bund nicht nur ledigen Müttern, sondern er müsse allen seine Aufmerksamkeit zuwenden. Zu fordern sei vor allen Dingen eine Mutterchaftsversicherung. Praktisch aber ist das Elend der Mutter zu bekämpfen durch eine wohlorganisierte Hauspflege, durch Verteilung von Essen und Wäscheputzen. Diese Bestrebungen des Bundes werden sich indes immer als unzulänglich erweisen; es muß deshalb danach getrachtet werden, in Wöchnerinnenheimen den Müttern Schutz und Ruhe zu bieten. Schlimmer daran als die verheiratete Mutter ist in allen Fällen die eheverlassene Frau und die uneheliche Mutter. Ihnen beizustehen ist schon im Interesse der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit erforderlich; haben wir doch in Deutschland jährlich 130.000 unehelich geborene Kinder, die der Gefahren des frühen Simmerbens ganz besonders ausgesetzt sind. 65.000 totgeborene Kinder im Jahre sind die Folge der Ueberanstrengung der Schwangeren bis zur Zeit ihrer Niederkunft. Von den unehelichen Müttern sind die aus dem Arbeiterstande meistens noch nicht am

Stadt-Theater.

„Mignon“, Oper von A. Thomas.

Am Mittwoch stellte sich ein Fräulein Kornar aus Chemnitz als „Mignon“ vor. Sie ist schon rasant, in einer Rolle um die Nachfolge der Mignon zu kandidieren, die die Hauptpartie der Vorgängerin (Fr. Mac Grew) bildet, so ist es gefährlich, sich neben Fräulein von Osten zu stellen, die mit ihrer nunmehr ausgereiften Kunst mehr als je ihr Auditorium besticht. Fräulein Kornar hätte aber auch sonst dargeboten, daß sie (verläufig wenigstens) für unsere Bühne gänzlich ungeeignet ist. Ihre Stimme ist für unser Opernhaus viel zu wenig, ihre Intonation entbehrt vielfach der erforderlichen Reinheit und die koloraturfähige Stimme ist nicht mehr als ein Kinderspiel. So daß man eher meint, einer Konfessionistin zuzuhören. Kommt noch ein ziemlich provinziell anmutendes Spiel und eine Farblosigkeit des Darstellers hinzu, so belügt die Dame glücklich fast alle Earsen, die ihr eine größere Bühne vorläufig noch verschließen. Das ziemlich zahlreich Publikum war unglücklich genug, den Gast sein Mißfallen fühlen zu lassen und rührte nach der ohne jede Brillanz gelungenen Polacca keine Hand — ein sehr seltenes Ereignis. Fräulein Kornar war ihrerseits unglücklich genug, den der Osten geliebten fast demonstrierenden Hervortreten keine Folge zu leisten. Wir haben also wohl einem anderen Gaste entgegenzusehen. S. W.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Alkoholfreies Bier mit Alkohol. Eine sehr merkwürdige und vorläufig auch noch unauferklärte Erscheinung, die im Gefolge der alkoholischen Gärung auftritt, hat der Chemiker Dorobed entdeckt und zum erstenmal dem wissenschaftlichen Institut für Brauerei in England mitgeteilt. Der Sachmann war mit Vermischen beschäftigt, ein alkoholfreies Bier dadurch herzustellen, daß er einem gewöhnlichen Bier durch einen Strom von Kohlensäure den Alkohol entzog. Auch wenn dies vollständig geschah, gewann das Bier nach einer Zeit einen Teil seines Alkohols wieder zurück, nachdem es abgefüllt und wieder mit Kohlensäure durchsetzt worden war. Es zeigte sich demnach, daß Bier, die nach der ersten Behandlung um noch 0,2 v. H. Alkohol enthalten hatten, später wieder 1 bis 1½ und sogar bis zu 2 v. H. Alkohol bekamen. Man könnte nun glauben, daß eine Nachgärung eingetreten war, aber die Flüssigkeit war in allen Fällen völlig frei von Hefe, sodas eine Erklärung nach dem bisherigen Stand der Kenntnis unmöglich erscheint. Dorobed meint, es könne nur angenommen werden, daß entweder ein rein chemischer Vorgang vorliege oder daß im Bier noch einige bierfer-

mentdeckte gebliebene Fermente enthalten seien, deren Wirkungen unter den Bedingungen jenes Experiments in die Erscheinung trete. Für die Brauerei-Wissenschaft können diese Beobachtungen unter Umständen Folgen von großem Interesse haben, sodas ihre Nachprüfung und Vertiefung dringend wünschenswert ist.

Aus aller Welt.

Die Offiziere sind zu grüßen! Wie sehr man in Preußen bestrebt ist, dem Zivil den Vorzug vor der Uniform beizubringen, beweist ein Beispiel aus Justeburg. In dieser Garnisonstadt werden in einer Kaserne durch Photographie vielfältigste Erlaubnistafeln folgenden Inhalts ausgegeben:

Erlaubnistafel Nr.
Zum Betreten des Kasernements des Feldartillerie-Regiments 37 für

Giltig bis 31. Dezember 1911.

Insterburg, den 1. Januar 1911.

(gez.) Lehmann.

Oberst und Reg.-Kommandeur.

Auf der Rückseite der Karte befindet sich folgender Satz:
Innerhalb des Kasernements sind die Offiziere zu grüßen.

Die Karte, der diese Zeilen entnommen sind, war für eine Frau ausgestellt!

Zum Selbstmord getrieben. Fahnenflucht und Selbstmord sind beim Militär etwas Alltägliches. In vielen Fällen wird die Ursache nicht bekannt, aber meist ist es schlechte Behandlung durch Vorgesetzte, was die Soldaten zu diesem Schritt veranlaßt. Ein derartiger Fall beghäftigte dieser Tage wieder das Oberkriegsgericht in Dresden. Verhandelt wurde gegen den Sergeant Drechsler vom Infanterie-Regiment Nr. 102 in Jittau. Am Sonntag den 6. November fürzte sich der Soldat Kiewandt in selbstmörderischer Absicht aus dem zweiten Stockwerk der Kaserne in den Hof. Mit gebrauchenen Gliedmaßen, aber nicht tot, wurde er aufgehoben und nach dem Lazarett gebracht. Als Grund für seinen Selbstmordversuch gab er schlechte Behandlung durch den Sergeant Drechsler an. Er erklärte, die letzte Zeit sei er mehrfach beschimpft und schikaniert worden. Der Sergeant habe ihn Vorsehung, Kojung, Schlägel usw. genannt. Eines Tages habe er bis zur Erschöpfung Gemehrreden und Antebauge machen müssen. Um ihm Arbeit zu machen, habe der Sergeant die Knöpfe und das Hüter vom Waffenschrank abgerissen. Und als er die Hüte wundegefallen und die dem

Vorgesetzten gezeigt habe, sei er nicht vom Dienst befreit worden. Auch habe er kurz vor dem Selbstmordversuch zwei Tage hintereinander Stubendienst machen müssen. Der Sergeant wurde wegen vorchristlicher Behandlung und Verleumdung eines Untergebenen sowie wegen Anmaßung einer Befehlsgewalt angeklagt. Er bestritt das ihm zur Last Gelegte und gab nur zu, den Soldaten bei zwei Gelegenheiten Limmel genannt zu haben. Trotz der Aussage des Soldaten, der dienstfähig geworden ist, wurde der Sergeant in den beiden eingeständenen Fällen zu — zwei Tagen Arrest verurteilt.

Gegegen legte der Gerichtsherr Berufung ein, er erstrebe Verstrafung auch in den übrigen Punkten, denn durch das Zeugnis der Soldaten sei alles erwiesen. Das Oberkriegsgericht verwarf aber entgegen dem Antrage des Anklagevertreters die Berufung! Es sieht mit der Vorinstanz nicht für erwiesen an, daß sich der Angeklagte in weiteren Fällen schuldig gemacht hat.

Polizeipräsident v. Jagow und die Schauspieler. Der Berliner Polizeipräsident v. Jagow, dessen Stellung trotz seiner tolen Maßnahmen gelegentlich der Wahlrechtsdemonstrationen, trotz Moabit unerschütterlich schien, scheint jetzt über eine — Weibergeschichte kitzeln zu wollen. v. Jagow wohnte der Generalprobe des ursprünglich aus Sittlichkeitsgründen verbotenen Sternheimischen Stückes „Die Hofe“ in den „Kammerbühnen“ bei, um die Komödie noch einmal auf ihre Moral zu prüfen, worauf sie dann unter dem neuen Titel „Der Riese“ in Szene ging. Im Zuschauerraum machte der Polizeipräsident die Bekanntschaft der Frau Ella Durieux, die — was er nicht wußte — mit Paul Cassirer, dem Kunsthändler und Verleger des „Pan“ verheiratet ist, und am nächsten Tage schrieb er an die Künstlerin einen Brief, der ungefähr mit den Worten begann: „Da ich als Benfior mich mit dem Berliner Theaterverhältnissen vertraut zu machen habe“ und in dem Herr v. Jagow zu „Sonntag Nachmittag um fünf“ seinen Besuch anfragte. Antwort war mit dem Vermerk: „Eigenhändig“ nach dem Polizeipräsidenten erbeten. Frau Durieux gab den Brief ihrem Gatten, der sich in einem Schreiben an Herrn v. Jagow solche Annäherungsversuche verbat. Ein Freund des Polizeipräsidenten, ein Mitstreiter, suchte dann Herrn Cassirer auf und gab die Erklärung ab, daß Herr v. Jagow absolut keine unzulässigen Absichten gehabt und die Affäre schien dann beendet zu sein. Inbes waren politische Freunde des Herrn Cassirer der Meinung, daß die Sache damit noch nicht beendet sein sollte, zumal der Polizeipräsident die Strenge seiner sittlichen Anschauungen erst kürzlich dadurch bekräftigt hatte, daß er den „Pan“ wegen der Veröffentlichungen auf dem Raub von Graf Mauterfons hinterließ. Der „Pan“

besten daran. In diesen Kreisen ist das natürliche Geschlechtsgefühl bereits fast entwickelt, und wenn die Eltern auch ärgerlich sind, so bleibt doch der Tochter das Heim der Eltern nicht verschlossen. Schlimmer steht es da noch in den Kreisen der kleinen Beamten und der Handwerker, wo auf diesem Gebiete noch die allerschlimmsten Ansichten herrschen.

Die uneheliche Schwangere ist oft noch schlimmer daran, als die uneheliche Mutter. Läßt sich das Kind verbergen, kommt doch nicht der Zustand einer Schwangeren. Die Folge ist vielfach der Verlust der Arbeit. Die wenigsten von ihnen wissen, daß sie auch vor der Geburt bereits Ansprüche an den Vater stellen können. Durch Rechtsauskunftsteilen wird hier manchem geholfen werden können. Durch die Errichtung von Wächnerinnenheimen wird aber auch der Gefahr entgegengetreten, die die kleinen Privatankalten bedeuten, wo Schwangere zum Teil nur Schutz geboten wird in der Erwartung, sie auf der abschüssigen Bahn weiter erhalten zu können. Redner verbreitete sich dann näher über Aufgaben und Einrichtung der Mutterheime und kam zu dem Schlusse, daß auch das beste Mutterheim nur ein Notbehelf sein kann. Die Mutterschaftsversicherung ist auf alle Fälle zu fordern; und die Gesetze müssen auch dahin ausgebaut werden, daß sie eine stärkere Sanktionierung des Vaters zulassen. Kann der Vater selbst die Gesetze nicht ändern und ist er hier ganz auf die Einwirkung auf andere Faktoren angewiesen, so kann er aber doch Mutterheime gründen. Das ist besonders auch nötig, in Rücksicht auf die wachsende Zahl der unehelichen Geburten, die keinesfalls ein Beweis für den Sittlichkeit sind, sondern nur beweisen, wie sehr die heutigen Verhältnisse die Familienbände bereits gelockert haben.

*** Ein Rekordjahr der preussischen Eisenbahnverwaltung.** Nach den Mitteilungen des Ministers v. Breitenbach in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses darf man annehmen, daß das Jahr 1910 im Reinüberschuß, der zu erwarten ist, einen neuen Rekord aufstellen wird, denn es ist anzunehmen, daß das Ergebnis noch glänzender sein wird, als in der ersten Leistung des Etats bereits angegeben wurde. Bisher hat das Jahr 1905 den höchsten Reinüberschuß gebracht, nämlich 257 Millionen Mark. Dieser Betrag wird mit aller Wahrscheinlichkeit im vorliegenden Jahre noch überschritten werden. Der Reinüberschuß ist in den letzten Jahren sehr erheblichen Schwankungen unterworfen gewesen. So fiel er von 211 Millionen im Jahre 1903 auf 26 Millionen im Jahre 1904, um dann im nächsten Jahre mit 257 Millionen seinen bisher höchsten Stand zu erreichen. Durch den Etat für 1910 ist bekanntlich eine Neuregelung in der Verwendung der Eisenbahnüberschüsse einsetzenden, nach der bis zu 210 Millionen Mark zur Deckung allgemeiner Staatsbedürfnisse verwendet werden dürfen.

Sollte nicht dieses günstige Ergebnis ein Ansporn sein, wenigstens einen Teil der Klagen zu beseitigen, die kürzlich in Eisenbahnersammlungen erhoben wurden und denen die Genossen Leinert und Ströbel im Abgeordnetenhaus Ausdruck gaben?

*** In die Schule des Lebens** sollen jetzt auch die Regierungs-Referendare geschickt werden, nachdem man jüngst damit begonnen hat, den angehenden Richtern größere gewerbliche Betriebe zu zeigen, die ihnen einen tieferen Einblick in das wirtschaftliche Getriebe gewähren sollen. Von den beteiligten Ministerien sind die Regierungspräsidenten angewiesen worden, sofort den Regierungs-Referendaren die Möglichkeit zu gewähren, sich bei einer gemeinnützigen und unparteiischen Nachschau funktionsfähig zu betätigen, sofern sich in der Gemeinde Gelegenheit hierzu bietet. Wir meinen, dieser Ministererlaß ist sehr vernünftig. Wir empfehlen, die Herren Referendare in den Arbeiter-Sekretariaten arbeiten zu lassen, wo sie bei dem harten Besuche und der Gewandtheit, mit der dort die Kaufmanns-erteilung betrieben wird, einen sehr guten Einblick in die Lebensweise, die Bedürfnisse und die Anforderungen weiter Volkstreu gewinnen können.

*** Gegen die Schundliteratur.** Im gut besetzten Vortragslokal sprach am Mittwoch Abend Professor Brunner aus Forstheim über Schundliteratur, über ihr Wesen, und ihre Bekämpfung. Neue Fragen zu dem alten Thema behandelte auch dieser Redner nicht, wohl aber fasste er die Sache mit großem Ernst an und unterstützte seine Ausführungen durch Lichtbildervorstellungen guter und schlechter Illustrationen der Jugendschriften. Der Herr Professor betonte, daß die Frage der Schundliteratur nicht nur eine literarische, sondern auch eine tief sittliche Frage sei, weil sie mit der Verberbung oder der Geimung unseres Volksempfindens zusammenhängt. Der Redner schildert in seinen weiteren Ausführungen die einzelnen Gruppen der Schundliteratur, gibt eine Uebersicht darüber, mit welcher traurigen „literarischen“ Mitteln Grauen und Gruseln erweckt wird, wie die Verbrecher zu Helden gemacht, und wie schließlich in einer gewissen Spezies solcher Schriften geschlechtliche Fragen bis zur Verwerflichkeit behandelt werden. Mit diesen letzten Erscheinungen hängen leider sehr eng zusammen, die Gespinnstereien mancher Zeitungen, über Sensationsprozesse mit unglaublicher Gründlichkeit zu berichten. Oftmals sind dann Schundliteraturhefte und auch die grob-plumpen Vorstellungen auf den Jahrmärkten und in den Kinos nichts anderes wie Fortsetzungen jener Gerichtsberichte. Die ganze geschäftliche Mache der Schundliteratur spekuliert auf Dummheit und Gemeinheit und leider muß die Tatsache anerkannt werden, daß in Deutschland nicht nur die Herstellung dieser Schriftzeugnisse in großem Maßstabe betrieben wird, nein in Deutschland gerade findet diese Art Literatur ein ganz gewaltiges Lesepublikum. Allerdings gehe auch Deutschland im Abwehrkampf voran. Aber es könne nicht genug geschehen, da, trotz des Eifers von privaten Vereinen, von Schulbehörden und Lehrervereinen, die Seuche immer noch fortdauere. Die raffiniert einzelne Geschäfts-Unternehmer auf diesem Gebiet verfahren, schildert der Redner an dem Beispiel des Verlagsbuchhändlers Lehmann aus Berlin, der mit seinem Sekretärpersonal einen Verein „Jugendbund zur Verbreitung guter Jugendschriften“ gegründet hat, um unter dieser Flagge desto sicherer den Schund zu vertreiben.

Die ganze Abhandlung des Redners gliederte nun in der Frage: Wie ist dauernde und wirksame Abhilfe zu schaffen? Und da kam der Herr zu den alten Vorschlägen, den Lehrern und Schulbehörden schärfere Wachsamkeit anzurufen und auch alle Privatleute, die die Gefährlichkeit erkannt haben, zum Kampfe, zur Aufklärung über das Wesen des literarischen Schundes anzuregen. Ganz besonders eindringlich forderte er von den Eltern, daß sie sich mehr mit ihren Kindern beschäftigen sollen. Das fragende, auskunftstüchtige Kind darf von dem Vater nicht raub abgewiesen werden. Wo die Eltern wirkliche Freunde ihrer Kinder sind, werden sie oftmals Gelegenheiten haben, den Kleinen auf freundschaftliche Art solche gefährliche Bücher zu nehmen, ohne das weniger erfolgreiche Präventionsmittel der Gewalt und der Autorität anzuwenden zu brauchen.

Die Ausführungen des Professors Brunners waren ohne Zweifel gut gemeint und waren getragen von reichem Eifer für eine gute Sache. Aber wenn er die Frage nur von zwei Seiten, von der literarischen und der sittlichen betrachtet, so langt sein Eifer immer noch nicht zu. Man muß die Dinge auch von der gesellschaftlichen Seite betrachten. Gerade die Kinder der Armen, die mit der wenig gründlichen Schulbildung und Pflege heranwachsende Arbeiterjugend, ist der Schundliteratur-gefahr am meisten ausgesetzt. Sollte man deshalb nicht auch nötig haben, unsere sozialen Verhältnisse zu prüfen, und von einer Gelbung unserer jämmerlichen sozialen Verhältnisse eine weitere Gelbung der geistigen Bedürfnisse unseres Volkes erwarten können? Aber darüber reden alle diese bürgerlichen Helfer kein Wort. Mit den unzulänglichen Mitteln der privaten und halbamtlichen Tätigkeit hoffen sie einen Feind zu bekämpfen, dessen größte Kräfte doch wurzeln in der stumpfsinnigen kapitalistischen Erwerbsweise unserer Zeit, und in der durchaus mangelhaften Erziehungsmethode unserer Massengesellschaft.

*** Der Straßenverkauf von Fruchtweizen an Kinder** ist im Ausschusse der Zentrale für Jugendfürsorge am Mittwoch mit Recht als gesundheitsgefährlich bezeichnet worden. Regierungsrat Schüler regte deshalb an,

den Fruchtweizenverkauf an Kinder durch eine Polizeiverordnung zu verbieten, wie dies bereits in Bochum mit gutem Erfolge geschehen sei. Die Zentrale beschloß, den Polizeipräsidenten um Erlass einer solchen Polizei-Verordnung zu ersuchen.

*** Ueber das Fortlaufen der Kinder** hielt Prof. Dr. Schröder, der Oberarzt der königlich psychiatrischen und Nervenklinik am Mittwoch im Ausschusse der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge einen wichtigen Vortrag. Prof. Dr. Schröder gehört zu den fünf hiesigen Ärzten, die in dankenswerter Weise die Aufgabe übernommen haben, den körperlichen und geistigen Gesundheitszustand der ihnen von der Zentrale hierzu überwiesenen Kinder unentgeltlich zu untersuchen. Auf dem bei diesen Untersuchungen gewonnenen Material beruht seine Ausführungen, in denen er die jugendlichen Ausreißer in sechs Kategorien sonderte. Der Redner schilderte die psychopathische (krankhafte geistige) Veranlagung, die dem Fortlaufen der Kinder zugrunde liegt und gab zum Schluß Anweisungen für die Behandlung der verschiedenen Gruppen, wobei er nach der „Schles. Zeitung“ folgendes ausführte:

Das Fortlaufen kann sehr verschiedene Ursachen haben und ist nicht immer mit der in den Polizeiberichten für solche Kinder üblichen Bezeichnung: „unverbesserlicher Vagabund, also verwahrloht“ abzutun. Das solche Kinder auch in der Verwahrloht sein können, ist eine Sache für sich. Bei der „Wanderkrankheit“ der ersten Gruppe muß man dahin wirken, daß die Umarmung der von solchen Ansätzen Betroffenen diese Zustände möglichst rechtzeitig erkennt und dann das Kind mit in die Schule oder zur Arbeit gehen läßt, sondern zu Hause im Bett behält. Dann muß die Epilepsie ärztlich behandelt werden. Bei den moralisch minderwertigen ist meist nicht viel zu machen; sie müssen strenge Behandlung erfahren und möglichst bald in eine Anstalt geschickt werden. Mit den phantastischen Durchbrechern ist natürlich leicht fertig zu werden. Die leicht verführbaren Schwächlinge oder müssen in eine andere Umgebung gebracht werden; die Fortgekehrten sollten in Anstalten (Sonderanstalten) untergebracht werden, nicht dazu geeignet, weil es dort auch zu schlimme Elemente gibt. Die Geisteskranken endlich sind natürlich der ärztlichen Behandlung zu übergeben.

*** Das neue Schuljahr** beginnt in allen Volksschulen der Provinz Schlesien ohne Mühe auf das Osterfest, das in diesem Jahre erst am 16. und 17. April fällt, Sonntag, 1. April, Morgens 7 Uhr. Die Neuzutretenden müssen an diesem Tage der Schule zugewiesen werden. Die Entlassung der Konfirmanden erfolgt am Freitag, den 31. März. Da am 1. April viele der Konfirmanden in die Lehre oder in Dienst treten, werden die landlichen Eintragungsbücher schon am 26. März, Sonntag, abgehoben. Die Schulferien beginnen in den Volksschulen erst Mittwoch, den 12. April, und enden Dienstag, den 25. April. Die höheren Lehranstalten schließen das alte Schuljahr Dienstag, den 4. April, und beginnen das neue Schuljahr Donnerstag, den 20. April. Für die zahl reichen Familien in den Städten, deren Kinder die Volksschulen und höheren Schulen besuchen, ist es durchaus wünschenswert, daß Schulurlaub und Schulferien für sämtliche Ferien gleichgelegt werden.

*** Kindermisshandlung.** Der Schloffergehilfe D. Simon überließ während der Zeit, wo seine Ehefrau eine Gefängnisstrafe verbüßen mußte, seinen acht und neun Jahre alten Kindern die Versorgung des Haushalts. Da es dabei nicht immer zu ging, wie es gehen sollte, besahen die Kinder häufig die väterliche Gewalt recht hart zu fühlen. Am 24. Dezember v. J. wurde eine Nachbarn durch das laute Schreien der Kleinen aufmerksam gemacht; als sie hinzukam, hatte der Vater den 8jährigen Knaben auf die Erde geworfen und prügelte ihn mit einem Leberreimen; ohne darauf zu achten, wohin er trat. Alle Veruche, den aufgeregten Mann zu beschwichtigen, waren vergeblich. Der mehrmals Junge erhielt Schläge ins Gesicht, das ihm ein Zahn herausbrach. Mit dem Kopf stieß ihn der Vater an eine heiße Ofenröhre, worauf das Gesicht des Kindes Brandwunden erhielt. Und das alles, weil die Wohnung angeblich nicht genügend aufgeräumt war. Als die Misshandlungen aber gar nicht aufhören wollten und den ganzen Nachmittag bis in die Abendstunden das Geschrei des gepeinigten Kindes das Haus durchdrang, schickten mitleidige Nachbarn endlich zu einem Schutzmann, der der Misshandlung ein Ende machte. Während des Weihnachtsfestes blieben die Kleinen bei einer hilflosen Frau des Hauses, später wurden sie einem Kinderheim überwiesen. Mittwoch hatte sich der Vater wegen den Misshandlungen vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Er behauptete, daß ihm zuteilende Züchtigungsrecht nicht überschritten zu haben. Der als Zeuge vernommene Knabe machte aber so bestimmte, klare Aussagen über die einzelnen Vorfälle, daß das Gericht keine Bedenken trug, ihnen vollen Glauben beizumessen, zumal sie durch die Befundungen anderer Zeugen unterstützt wurden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dem Antrag des Staatsanwalts zu vier Wochen Gefängnis.

wird deshalb in seiner nächsten Nummer eine Darstellung der Angelegenheiten bringen.

Zur eine kurze hat v. Jagow erklärt: „Was der „Paar“ gegen mich persönlich schreibt, ist mir gleichgültig. Will er sich über die Handhabung der Zentrale beschweren, so möge er das Ansehen der Zentrale beschreiben.“

Die „Pol. Soz.“ bringt in ihrer Mittwoch-Abendausgabe nun aber folgende Meldung, die in hohem Widerspruch mit dieser zur Zentrale entgegenstehenden Darstellung steht:

„Nach vor Schluß des Vortrags geht und die Nachricht an, daß Polizeipräsident v. Jagow mit Rücksicht auf die Verhältnisse, in denen die Zentrale steht, eine Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst beantragt habe und abzuschließen lassen will, unter allen Umständen von seinem Posten zurückzutreten.“

Auf telephonische Anfrage beim Polizeipräsidenten um eine Erklärung wurde aber erklärt, der Polizeipräsident lehne es ab, sich zu äußern, was in der Zeitung steht, es sei ihm nichts an. — Wie eine Erklärung der „Pol. Soz.“-Redaktion nicht über die Wahrheit steht.

Wichtig sei bei dieser Gelegenheit an eine andere Angelegenheit erinnert, bei der es sich ebenfalls um Schandspiegel und einen Polizeipräsidenten handelt.

In Hauptmanns „Wetten“ kommt ein alter Schandspiegel vor, der sich an einer Stelle rühmt: „Ich habe gute Beziehungen zu Herrn von Radai“ (den früheren Polizeipräsidenten von Berlin). Herr von Jagow fand diese Stelle anstößig, offenbar, weil er es für unangenehm hält, daß Polizeipräsidenten zu Schandspiegeln gute Beziehungen haben, und jetzt muß es allbekanntlich bei den Auftritten im Leistung-Theater stehen: „Ich habe gute Beziehungen zu Herrn von Radai“. Ganz Herr von Radai ist nicht die Persönlichkeit des Alexanderplatzes, sondern es ist aber nicht anzunehmen, daß der Polizeipräsident dieses Namens benachteiligt und daß unangenehm Herr v. Jagow selbst als Polizeipräsident v. Radai in die Hauptstadt übergeht, obwohl er doch keine guten Beziehungen zu Schandspiegeln gehabt hat, sondern es vielmehr dem Willen ist!

Armer Krimineller!

Das Urteil des „Lebenden Zeugnisses“ über die Vorgeschichte des von Tolstoi hinterlassenen Dramas „Der lebende Zeigener“ (das in der Zeit vor einer Anzahl großer europäischer Bühnen aufgeführt werden soll) hat der Präsident des Appellationsgerichts von Moskau, Dabizhin, bei dem die Richter sich versammelt hatten, folgende Worte ausgesprochen: „Daher ist es, der Tolstoi durch

Ritterlungen über ein wirkliches Verbrechen die Anregung zu dem Werke gab. Einem Logos erzählte Tolstoi dem Freunde von einem Prozesse, der die Gerichte von Zula beschäftigt hatte, und an dem er selbst als Anwalt teilgenommen. Tolstoi sah in den Einzelheiten jenes Prozesses einen ausgezeichneten Dramenstoff und machte sich sofort an die Arbeit. Er war bereits mit der Planung des letzten Aktes im Theater des Moskauer in Verhandlungen über die Aufführung gelaufen, als sich eines Tages ein Unbekannter in seinem Hause meldete und darauf bestand, vom Dichter empfangen zu werden. Der Fremde erklärte Tolstoi, daß er, der Besucher, der lebende Zeigener, der Mann sei, den Tolstoi zum Helden seines Dramas gemacht hatte. Er erzählte seinen ganzen Lebenslauf, und Tolstoi war davon so sehr ergriffen, daß er zum Schluß der Unterredung in Tränen ausbrach und beklagte, das Glück nicht aufzufinden zu lassen, so lange er lebe. Tolstoi verabschiedete sich nun für den Unbekannten, und mit Hilfe einiger Freunde vermochte er dem Schandspiegler auch eine Entschädigung zu verschaffen, die dieser bald darauf annahm und bis an sein Lebensende inne hatte.

Der Kreuzzug gegen den Raugummi. Einen großartigen Kampf gegen das überhandnehmende amerikanische Nationalgetränk, gegen die Unfälle des Gummikautschuks,ündigt das amerikanische Gesundheitsamt für diese Woche an. Das Nationalgetränk der Raugummi-Gesellschaft weiß darauf hin, wie der Raugummi in kurzer Zeit ganz Amerika erobert hat, und zeigt auf Grund der Statistik, daß die Amerikaner alljährlich für zwei Milliarden Mark Gummikautschuk kaufen. Von allen Straßencafés und Wirtschaften landen den Besuchern amerikanischer Geschäfte große und marktschreierische Reklamen entgegen, die den Bürger mit Entzücken rufen, den Gummikautschuk von Smith oder den Gummikautschuk von Johnson zu kaufen, und jeder Fabrikant drückt die Güte seiner Waren in Wort, Farbe und Bild in den höchsten Tönen. Der am Sonntag Nachmittag einen Ausflug in die Umgebung unternommen, wird mancher an den schonen Landschaften oder in den reizvollsten Landschaften mächtige Raugummiwerke sehen, die das Gummikautschuk des Raugummi produzieren. Bei dem Besuch gehen die Frauen Schande, die angelegt war, einen Raugummi geben über, millionenweise getragene Gummikautschuk zu haben, konnte man beobachten, daß die Hälfte der Gummikautschuker Gummikautschuk, und das im Raugummi der große Teil der Damen besahen. Auf jeder Gummikautschuker Fabrik man Raugummi, die für einen Cent den Raugummi das amerikanische „Chewing-gum“ liefern, und der Raugummi, der gestern in New York gelandet ist und heute den Hafen der Raugummi-Gesellschaft, daß von einem Raugummi, man er jetzt, daß die Damen im Raugummi

ihre Kinn bewegen und mit der Geschwindigkeit der rollenden Räder laufen. Die Fabrikanten haben von Ärzten und Zahnärzten Zeugnisse zu erlangen gesucht, um zu beweisen, daß der Raugummi die Verdauung fördere und die Zähne erhalte, während in der Wirklichkeit das Gegenteil die Regel ist. Während aber in Amerika jetzt der Kreuzzug gegen den Raugummi eröffnet wird, bereiten sich die rührigen Fabrikanten darauf vor, auch den europäischen Markt mit ihren Produkten zu überschwemmen. Sie hoffen, daß die Europäer sich mit gleicher Begeisterung des „Chewing-gum“ annehmen werden, wie die Bewohner von New York, Chicago und sogar des am höchsten kultivierten Boston.

Karnevalstragödien. Die 23jährige Ballettistin Gullu Lucat aus Livorno unterhielt dort mit dem Sohne eines Fabrikanten ein Liebesverhältnis. Sie machte mit ihrem Geliebten sämtliche Karnevalsfeierlichkeiten mit und besuchte auch in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch einen Maskenball. In der frühen Morgenstunden erkrankte sie ihrem Geliebten an neuem Revolver, legte sich im Maskenball auf das Sofa und schloß sich eine Kugel ins Herz. — In Simmern (Hunsrück) spielte sich eine tragbare Tragödie ab. Das 20jährige Fräulein Johanna Schuch verließ gegen Mitternacht eine Ballfestlichkeit und wurde kurz darauf ermordet auf der Straße, in ihrem Blute schwimmend, aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß sie durch mehrere Dolchschläge getötet worden war. Als Mörder wurde der 22jährige Peter Ebers verhaftet, der angeblich er habe das Mädchen, das er gar nicht kannte, mit seiner Geliebten verwechselt, an welcher er einen Racheakt ausüben wollte.

Fischer in Lebensgefahr. Bei klarem, ruhigem Wetter war am Dienstag die ganze Fischerflotte von Slagen, bestehend aus 125 Motorbooten, auf Meer hinausgefahren. Gegen Mittag brach plötzlich mit großer Heftigkeit ein Schneesturm aus, worauf die Fischer in größter Eile verfuhr, den Hafen zu erreichen. Etwa hundert Boote gelang dies auch. Fünfzig Boote mit insgesamt 70 Mann Besatzung war es dagegen, die dem irrwüthigen immer stärker werdenden Sturm nicht mehr nachgaben. Die Boote wurden aufs Meer hinausgetrieben. Gegen 9 Uhr Abends traf die Nachricht ein, daß sie auf der westlichen Seite der Fährstraße von Slagen gestrichelt worden seien. Da der Sturm inzwischen nach Westen übergegangen war, wurden die Boote zum zweiten Male aufs Meer hinausgetrieben. Die 90 Fischer befanden sich in höchster Lebensgefahr.

Nach der Bevölkerung von Slagen herrscht, nach dem 2. A., die größte Verarmung. Die ganze Stadt Slagen war von Slagen, Frauen und Kinder am Hafen versammelt und erwarteten mit Spannung neue Nachrichten. Alle Signalstationen längs der Küste sind benachteiligt. Die Rettungsboote liegen bereit.

7000 Mark.

Es ist erfreulich zu sehen, wie eine Gewerkschaft nach der anderen ihren Beitrag für den Um- und Erweiterungs- bau des Gewerkschaftshauses bewilligt.

Ueber die Petition der Arbeiter im Breslauer Bekleidungsamt sprach gestern im Reichstag Genosse Albrecht, Abgeordneter für Kalbe-Mehrsleben.

Das Verkehrshindernis in der Margareten- straße. Die Herzogliche Ofenfabrik zwingt alle Bürger zu der Forderung, dem unhaltbaren Zustande recht bald ein Ende zu bereiten.

Gewerbliche Betriebe in Breslau. Nach den Mitteilungen der Gewerbeinspektion I sind in Breslau im Jahre 1910 im ganzen 2744 Betriebe gezählt worden, die in der Regel mehr als zehn Personen beschäftigen.

Ueber das Austragen des Scharfrichterspaars Mare Demy und Maria Teldow in Wien schreibt die "Neue Freie Presse": Das Publikum konnte sich im Applaus nicht genug tun, als Mare Demy...

Für den Vortragsabend, der am Montag Abend im Gewerkschaftshause stattfindet, sind Karten, à 30 Pf., in folgenden Stellen zu haben:

- Expedition der "Volkswehr", Neue Graupenstraße 6.
Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße 5.
Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Eine Aufforderung zur Pflege des Gesanges richtet der Frauen- und Mädchenchor "Frohlinn" in Breslau, der Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes ist...

Der Ausbau des Oberbergamtes am Kaiser-Wilhelm- platz ist nun bald beendet. Am 1. Oktober 1911 soll die Eröffnung sein. Der Ausbau ist fünf Stockwerke hoch.

Streichholzfabriken-Einnahmen. Die Einnahmen der Städtischen Streichholzfabriken betragen im Monat Februar 75.563 Mk. gegen 61.087 Mk. im Jahre 1910...

Soldaten-Selbstmord. Aus Furcht vor Strafe hat sich am Dienstag Mittag der F. Müller Mandel aus Breslau, der bei der 9. Kompanie des hiesigen 11. Infanterie-Regiments dient...

Einschreibbrief-Automaten werden, nachdem sie sich in Berlin durchaus bewährt haben, nunmehr auch in Breslau aufgestellt. Vorläufiglich werden u. a. die Postämter I (Albrecht- straße) und II (Hauptbahnhof) in einen Automaten erhalten.

Im städtischen Arbeitsnachweis haben sich im Laufe des Monats Februar 947 männliche Arbeitskräfte gemeldet, während nur 528 offene Stellen überhaupt vorhanden waren.

Reinigte Theater. Stadt-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: "Adam und Eva". Freitag 7 1/2 Uhr: "Die Hochzeit des Figaro".

Lobe-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: "Der Graf von Luxemburg". Freitag 7 1/2 Uhr: "Das Tal der Liebe".

Thalia-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: "Die Schwestern". Freitag 7 1/2 Uhr: "Die Hochzeit des Figaro".

Breslauer Schauspielhaus. Heute, Donnerstag, und an den folgenden Tagen geht abends 8 Uhr die erfolgreiche Operette "Der ledige Gatte" von Gustav Knebel...

Schaufensterbrand. Am Mittwoch Abend gegen 6 1/2 Uhr wurde die Feuerweh nach Mathiasplatz 2 gerufen, wo im Schaufenster eines Puppenhauses durch das Herabfallen eines Gaszylinders mehrere Damenhüte in Brand geraten waren...

Einbruch. In einer der letzten Nächte ist ein Dieb in das Geschäftslokal eines Wollhändlers in der Kaiser-Wilhelm- Straße eingedrungen und hat die geräucherte Speckseiten gestohlen...

Geplatzter Einbrecher. Als in der Nacht zu Donnerstag kurz vor 12 Uhr der Wächter der Bach- und Schließgesellschaft an dem Hause Vaulstraße 8 vorüberkam...

Schaufenstereintrich. Aus einem gewaltig geöffneten Schaufenster in der Mollstraße wurde vor einigen Tagen ein 30/40 Zentimeter großes Bild, spielende Kinder darstellend...

Fahrradkliebstahl. In den letzten Tagen wurden folgende verzeichnete Fahrräder gestohlen: Vulkan Nr. 46 112, "Perold" Nr. 253 190...

Verhaftungen. Mehrere Fahrräder und Fahrradteile, die von Diebstählen seit dem Monat Dezember v. J. herühren; sie sind im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums anzusehen.

Gestohlen wurde vor einigen Tagen aus dem Hausflur des Hauses Mathiasstraße 61 ein echt eichener Ausziehtisch im Werte von über 60 Mk.

Gefunden wurden: Zwei Portemonnaies mit Inhalt, ein Reichen mit Anhänger in Perzform, ein Kinderwintertrager, ein Paket, enthaltend Butter und eine schwarze Pelzboa.

Neueste Nachrichten.

Die Biersteuer in Leipzig. Leipzig, 2. März. Die Stadtdirektoren stimmten nach stundenlangem, sehr erregter Debatte mit 38 gegen 31 Stimmen...

Das neue französische Kabinett. Paris, 2. März. Gestern um 7 Uhr Abends teilte Monis folgende Ministerliste mit, die er dem Präsidenten Fallières zur Genehmigung unterbreitete: Ministerpräsident und Inneres Monis...

Paris, 2. März. Der Einbruch, den das neue Kabinett in radikal-sozialistischen Kreisen gemacht hat, ist ein wenig günstiger. Die Herren Pelletan und Chalamey vertreten die Ansicht...

Die Stellung des neuen Kabinetts in der Eisenbahnerfrage erwartet und falls diesen bei dieser Frage nicht volle Genehmigung gegeben werde, einfach zur Obstruktion übergehen.

Eine furchtbare Tat.

Saarbrücken, 2. März. Eine furchtbare Tat wurde gestern Vormittag in Spiesen bei Neulich von einer Mutter verübt. Die Frau des Bergmanns Frisch hat in einem Anfälle von Jervan ihre fünf Kinder ermordet.

Gerettet.

Rouen, 2. März. Gestern Abend wurden die beiden Stein- schläger, die am letzten Freitag in Verville bei Rouen verunglückt wurden und die ganze Zeit über ununterbrochen im Schoße der Erde verbrachten, gesund wieder an das Tageslicht befördert.

Sturm und Unwetter in Italien.

Venedig, 2. März. Seit zwei Tagen herrscht hier ein furcht- bares Unwetter. Der Sturm hat großen Schaden angerichtet, hier und da Schornsteine umgeworfen, Boote hinaus aufs Meer getrieben...

Konstantinopel, 2. März. Der türkische Weltreisende Kon- stantin Welschitzow, der im Jahre 1903 von Sofia aus aufbrach, um zu Fuß und um die Welt zu wandern...

Kemtscheid, 2. März. Ein tragisches Schicksal hat die Tochter eines reichen rheinischen Fabrikanten betroffen. Die 19-jährige Tochter des rheinischen Fabrikanten, der zum größten Teile des Jahres in Kemtscheid lebte...

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with columns: Pegel in Höhe über Meer, Pegel in Höhe über NN, Pegel in Höhe über NN, Pegel in Höhe über NN, Pegel in Höhe über NN, Pegel in Höhe über NN, Pegel in Höhe über NN, Pegel in Höhe über NN, Pegel in Höhe über NN, Pegel in Höhe über NN.

Bersammlungen und Vereine.

- Arbeiter-Sekretariat Breslau. Nikolaistraße 18/19.
Sprechst. Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 5 1/2-7 1/2 Uhr.
Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 2. März:
Öffentliche Väter-Versammlung. 3 Uhr im Saale.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Die Hausagitation für den Konsum- und Sparverein Vorwärts findet Sonntag, den 5. März, von 8 Uhr Morgens ab, vom Distriktslokal von Schreiber, Strieganerplatz, aus statt.
Sozialdemokratischer Verein (Land)-Neumarkt.
Achtung, Distriktsführer!
Die Landboten für den Monat Februar können im Partei- Sekretariat, Neue Graupenstraße 5, U., abgeholt werden.

2. Beilage zu Nr. 53 der „Volkswacht“.

Freitag, den 3. März 1911.

Deutscher Reichstag.

136. Sitzung. Mittwoch, den 1. März, 1 Uhr Nachmittags.

Am Bundesratsitz: von Heeringen.

Zweite Beratung des Militär-Etats.

Die Beratung beginnt bei dem Kapitel „Verkleidung und Ausrüstung der Truppen“, wozu zwei Resolutionen des Zentrums vorliegen, von denen die eine bei Vergabung der Verkleidungen ländliche Berücksichtigung der Vereinigung von Heimarbeitern, die andere die Berücksichtigung der Handwerker-Gesellschaften und Innungen wünscht.

Abg. Paulh-Cochem (Zentr.) bittet den Kriegsminister, im Interesse der Vorkämpfer dafür zu sorgen, daß möglichst nur mit Lohne gegaranteter Arbeiter bei der Herstellung von Schuhwerk für die Soldaten zur Verwendung komme.

Abg. Albrecht (Soz.): Bei den Verkleidungsämtern wird immer noch viel zu viel reglementiert und kommandiert, auch fehlt es den den Handwerkern vorgelegten Offizieren recht oft an Sachkenntnis. In einem Amt mit 300 Arbeitern sind drei Stabsoffiziere, fünf Hauptleute, ein Rentier, fünf Inspektoren, ein Unterinspektor und sieben Unterbeamte angestellt. (Wört. hört! bei den Soz.) Dazu kommen noch hiezu Handwerkermeister, so daß man

bei dreihundert Arbeitern 60 Offizierspersonen hat. (Wört. hört! bei den Soz.) Dann ist es nicht verwunderlich, daß die Arbeiter schwer arbeiten. Die Offizierspersonen arbeiten nur fünf und sechs Stunden täglich, da sollte man den Arbeitern auch die achtfündige Arbeitszeit gewähren statt der jetzigen neunstündigen. Man läßt jetzt Sturm gegen das Zentrum der erweiterten Verkleidungsämter mit Zivilarbeitern. Aber für die Arbeiter ist das gegenwärtige System das beste, sie haben hier eine geregelte Arbeitszeit, eine einigermaßen anständige Werkstatt und auch einen annehmbaren Lohn. Geht man auf das jetzige System durch die Mehrheitspartei, speziell das Zentrum verlangt im Jahre 1909 die Erhebung von 6000 Lohnverhandlungen durch Arbeitshandwerker. Obwohl erst die Hälfte der Verkleidungsämter in solche mit erweitertem Betrieb mit Zivilarbeitern umgewandelt ist, und obwohl die Militärverwaltung in ihrer Denkschrift selbst sagt, der gegenwärtige Übergangszustand sei unhaltbar, ist im Etat kein Kosten für die weitere Umwandlung der Verkleidungsämter in solche mit erweitertem Betrieb eingeplant.

Von Seiten der Militärpartei wird jetzt behauptet, die angewandten Verkleidungsämter arbeiten zu teuer. Aber das trifft nicht zu. In der Denkschrift ist nachgewiesen, daß gerade das System der Verkleidung der Sachen im Kleingewerbe und mit weimarbeitern am teuersten ist, und daß dabei auch nicht so sauber und akkurat gearbeitet wird, wie in den Verkleidungsämtern. Am schlechtesten ist die Arbeit in den Strafankalten. Wer diese Arbeiten in die Strafankalten verweisen will, will damit gleichzeitig

Tausende von Arbeitern brotlos

machen und somit neue Tausende auf die Straße werfen und in die Gefängnisse bringen. (Wört. hört! bei den Soz.) Schon heute beschäftigt die Militärverwaltung die Strafankalten zur Genüge. Auch wir wollen Beschäftigung der Strafgefangenen, freilich anders als heute; doch steht das jetzt nicht zur Debatte. Von unseren älteren Parteigenossen haben die meisten Gelegenheit gehabt, diese Erziehungsanstalten des deutschen Volkes von innen kennen zu lernen, wir kennen daher ihr Probationssystem und die Ausbeutung der armen Opfer der christlich-kapitalistischen Gesellschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Arbeiterhaft des

Verkleidungsamt in Breslau.

Wie die des Verkleidungsamtes in Leipzig haben petitioniert, es möge für Verbesserung und Erweiterung der Verkleidungsämter Sorge getragen werden. Die Budgetkommission empfiehlt darüber zur Tagesordnung überzugehen. Wir beantragen im Gegenteil, diese Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. — Die Arbeits-Erdnung eines württembergischen Verkleidungsamtes bestimmt, daß von der Einstellung Personen ausgeschlossen werden, die sozialistischen oder sonstigen staatsfeindlichen Bestrebungen Vorzug leisten. Was sollen solche Hindernisse! (Anrunder rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas weiterem hat die Verwaltung nicht zu fragen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was sind überhaupt staatsfeindliche Bestrebungen? Man sieht wohl auch die gewerkschaftlichen als staatsfeindlich an. (Zurück rechts!) Die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Was heißt sozialdemokratische Gewerkschaften? Die freien Gewerkschaften tragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wie es scheint, will man christlich organisierte Arbeiter von der Beschäftigung ausschließen. Ebenso ungeschickt ist ein anderer Paragraph der Arbeits-Erdnung, welcher bestimmt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich von ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten. Dabei sind gerade wir Sozialdemokraten es, die ein einigermaßen Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht haben. (Wört. Zustimmung bei den Soz. Widerspruch rechts.) Im höchsten sind die Bestimmungen über die Arbeitervereine, die der Kontrolle der Beamten untersteht, und somit wahre Buchstabenstauschüsse sind. Befreiten Sie dortige Räume und bauen Sie die Verkleidungsämter im Sinne meiner Darlegungen aus.

Abg. Vogel (natl.) bittet, den Bedarf an Militärleder bei den Vereinigungen der kleinen Gerber zu decken.

Abg. Vogt-Hall (Wirtsh.) schließt sich diesem Wunsche an und polemisiert gegen den Abg. Albrecht.

Abg. Wehl (natl.) polemisiert in sehr langen Ausführungen gegen seinen Fraktionsgenossen Vogel und erklärt, daß die Gerbervereinigungen zu teuer arbeiten. Neben verbreitet sich über die Technik des Gerbens. Schwefelsäure zu verwenden, ist eine Kunst, meine Herren, die nicht jeder versteht. (Sehr richtig!) Es war eine schöne, eine löbliche Zeit, als man noch keine Schutzgerberei kannte und man nach der alten Weise nur mit Lohne gerbte. Lammals lebte es sich so friedlich und so schön an der Arbeit und an der Saat. Doch die Zeiten sind vorüber und gegen anders gewordenen Verhältnisse kommt keine Macht der Erde auf.

Generalmajor Staats: Wir können nur das allerhöchste, widerstandsfähigste Ledermaterial gebrauchen und müssen an lohngegerbten Leder festhalten; doch machen wir auch Versuche mit schnell gerberem Leder. — Der Abg. Albrecht hat die zu teure Organisation der Verkleidungsämter bemängelt. Wenn man bedenkt, daß die gesamte Kleidung eines Soldaten einschließlich Schuhwerk auf 66 Mark zu stehen kommt, kann man doch wirklich nicht davon sprechen, daß zu teuer gearbeitet wird. — Es kann keine Rede davon sein, daß die in den Verkleidungsämtern beschäftigten Offiziere zu wenig zu tun haben. Es kommen elf, ja zwölfstündige Arbeitszeiten vor. (Wört. hört!) — Wie viele Leute in den Verkleidungsämtern zu beschäftigen sind, wird wohl die Militärverwaltung am besten entscheiden können. Wir werden daran festhalten, aktive Offiziere zu den Verkleidungsämtern zu kommandieren, denn das System hat sich, wie die Vorlesungen zeigen, vorzüglich bewährt. — Auf die Zuziehung der Strafankalten zur Vorkämpfung kann die Militärverwaltung nicht verzichten. Die Beschäftigung der Strafgefangenen für Staatsaufträge ist nicht erfahrungsgemäß das selbständige Handwerk weniger als irgend andere Beschäftigung. — Das kleine Handwerk wird bei Auf-

Militärverwaltung hat damit auch gute Erfahrungen gemacht. (Bravo! rechts.)

Württembergischer Generalmajor Dörner: Es trifft nicht zu, daß im Verkleidungsamt in Ludwigshafen keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ebnudet werden. Allerdings werden keine sozialdemokratischen Agitatoren geduldet. Die Sozialdemokraten müssen doch dem Staat, den sie grundsätzlich bekämpfen, das Recht der Selbstverteidigung und damit des Ausschlusses seiner Feinde aus seinen Betrieben geben. (Beifall rechts.)

Abg. Edler Hans zu Ruitz (konf.): Herr Albrecht wollte die ganze Arbeiterfrage aufrollen, was doch beim Kapitel „Verkleidungsamt“ kaum angebracht ist. Die Verkleidungsämter haben sich in sozialer und technischer Beziehung vorzüglich bewährt. Für die beiden Resolutionen des Zentrums werden meine Freunde stimmen.

Abg. Duffner (Zentr.): Der Abg. Albrecht hat dem Zentrum vorgezogen, in der Frage der Vorkämpfung umgefallen zu sein. Das ist nicht richtig, aber mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches muß mit der Umgestaltung der Verkleidungsämter langsam vorgegangen werden. Auf die Vergütung von Arbeitern an Strafankalten würden wir im Interesse des Handwerks gern verzichten, aber es liegt in gewissem Maße und großem Interesse der Strafankalten, daß sie mit Arbeitern beschäftigt werden. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Voelke (Soz.): Die Arbeiter-Einstellungen werden von den Betreffenden in Straßburg sehr hart empfunden, auch wenn es nicht ein Mangel ist. Frag die Bestimmungen der württembergischen Arbeitsordnung, nicht nur in Württemberg, sondern in ganz Deutschland gelten, darin hat der Generalmajor Dörner recht. Aber wenn Ihnen die Sozialdemokraten so gefährlich erscheinen, dann geben Sie doch die Parole aus, Sozialdemokraten heraus aus dem Heer. Sie sollen mal sehen, verachtet Herr Kriegsminister, wie viele Leute sich dann für Sozialdemokraten ausgeben werden; Ihre Soldaten werden bald sehr dünn gefast sein. (Sehr wahr! und Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister von Heeringen: Gegen Herrn Voelkes Ausführungen über gewisse Verhältnisse auf dem Verkleidungsamt in Straßburg lesten die dortigen Arbeiter schriftlich Protest ein; Herr Voelke behauptete darauf, im vorigen Jahre hier im Reichstag, die Arbeiter seien zur Unterzeichnung des Protestes gezwungen worden. Ich habe infolgedessen wegen Unklarheitsbrauch und Nötigung eine Untersuchung gegen „unbekannt“ eingeleitet, und es ist festgestellt worden, daß inraid eine Beeinflussung auf die Arbeiter zur Unterzeichnung des Protestes nicht stattgefunden hat. Was Herr Voelke angeführt hat, was alles unrichtig.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Personalien bemerkt Abg. Voelke (Soz.): Auf die Ausführungen des Kriegsministers werde ich sachlich bei dem anderen Titel zurückkommen.

Das Kapitel wird bewilligt, die Resolutionen des Zentrums werden angenommen.

Es folgt das Kapitel „Garnisonverwaltung und Erziehungsämter“. Abg. Hüffe (Wirt. Vag.) und Abg. Werner (Natl.) bitten um Garnisonen in kleinen Orten ihrer Wahlkreise.

Abg. Zil (Zentr.) wünscht die Zuziehung von Cadetten aus dem Handwerkerstande bei der Vergabung von Vauarbeitern.

Abg. Dr. Weber (natl.) bittet die Militärverwaltung, dafür zu sorgen, daß auf den Schießplätzen nicht einzelne Firmen das Monopol für die Lieferung von Gewehrkugeln erhalten, wodurch die kleinen Geschäfte in den Städten in der Nähe der Schießplätze stark gefährdet werden.

Abg. Schöppin (Soz.) fragt die sächsische Militärverwaltung, ob der Anregung der „Leipziger Volkszeitung“ Folge geleistet und eine Verordnung des Kriegsministeriums erlassen sei, wonach bei Bewittern des Soldaten auf dem Marsche der Befehl zur Auflösung der Formation erteilt werden soll, um die Gefahr von Massenkatastrophen durch Mischschläge zu vermeiden.

Generalmajor v. Salza erklärt, eine solche Verordnung sei erlassen, den genannten Inhalt könne er nicht.

Abg. Wilt (Wl.) klagt über Veräufung von Bauern durch Schießplätzen bei Metz.

Generalmajor Staats sagt Abhilfe der Beschwerden durch den neuen Truppenübungsplatz zu.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Verdebeschaffung“ bringt Abg. Böhle (Soz.) Beschwerden von Drochsenbäuervereinen über die Konkurrenz durch militärische Käufer überme vor. Vielfach würden solche Käuferverehere die Offizieren zu rivalen Zwecke und selbst Privatverehere zur Verfügung gestellt. Es ersüßtere zwar eine entgegenstehende Verfügung der Militärverwaltung, doch können sich die Offiziere darum nicht. Der Minister möge doch endlich mehr für Disziplin unter den Offizieren sorgen.

Generalmajor Wandel: Falls Verdöße gegen die betreffende Verordnung vorgekommen sind, bitte ich Herrn Böhle um die Daten, damit wir dagegen vorgehen können. (Abg. Böhle übergibt dem Redner sein Material.)

Abg. Dr. Weber (Natl.) schließt sich den Beschwerden des Abg. Böhle an.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung, Dienstag, den 28. Februar, Abend Sitzung.

Zur Beratung steht der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Handelsminister Ebdow geht auf eine Reihe von Anfragen der Redner ein. Die Vorkämpferordnung wird schonend angewandt. (Bravo! rechts.) Dem Handwert fehlt es heute nur noch an dem richtigen Selbstbewußtsein. Dem Vorkämpfer des Abg. Girsh wird es heftiglich nicht folgen.

Abg. Dr. König (Zentr.): Das der Ausland volklich ist, beweist jeder Tag aufs neue. Redner führt Beschwerde über rigore Handhabung einer Verordnung über die rheinischen Rimeisen. Diese stehen in einem gewissen Zusammenhang mit dem heutigen Fastnachtsabend. Die ganze Welt wird unsern Feiern bewundern, daß wir diesen Abend durch eine Abendstimmung feiern. (Beifall.)

Abg. Dr. Rauner (natl.): Wenn der Sozialdemokraten das Material über die sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Kranke-fassen von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ nicht gereigt wird, so dürfen sie deshalb nicht beaupten, daß alles auf Schwindel beruht. (Abg. Siebnecht: Publizieren Sie es doch!) Herr Hammer hat heute seine Gegner tot, über und am besten geschlagen. (Beifall.) aber seine Waffe war nur eine harmlose Fastnachtskritik. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Barhude (Sp.): Die Freunde des Herrn Hammer haben mir die Erwiderung auf eine Rede jedenfalls deshalb un-möglich gemacht, weil sie der Meinung waren, daß die Ausführungen des Herrn Hammer ein sachliches Eingehen auf sie nicht verdienten. (Sehr gut! links.)

In der Spezialdebatte fordert Abg. Beckenroth (konf.) Berücksichtigung der Interessen der Pfaffen-Industrie beim Abschluß des Handelsvertrages mit Schweden.

Abg. Dr. Bohn (konf.) kommt auf die Frage der Wander-läger und des Hausierereverbes zurück.

Seviziandent Dr. Krante: Auf die allgemeine Debatte dürfen

Sie nicht mehr eingehen. Wir sind jetzt beim Titel Schiffahrt-Direktor usw.

Abg. Dr. Bohn (konf.): Es könnten ja auch einmal Wander-läger auf Schiffen angeleert werden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Siebnecht (Soz.) bringt Beschwerden über die Handhabung der Schiffahrtspolizei

vor. Die Binnenfahrer haben mit ungeschälten Polizeiverordnungen zu rechnen und klagen darüber, daß sie reformunfähig von der Strompolizei beaufdet werden und Beschimpfungen und Rohheiten ausgeht sind. Ihr Veruf besteht heute aus einer Art Spickbreutenlaufen zwischen einem wahren Gestripp von kom-plizierten polizeilichen Bestimmungen. Die Schiffer sind alle Augenblicke in Gefahr, mit recht erheblichen Polizeitrafen be-straft zu werden. Vielfachen Schifanonen sind sie bei den Schiffern ausgesetzt, während die seit Jahrzehnten die Verhörer Schleusen passiert haben, werden plötzlich genort, sich besondere Passierscheine ausfertigen zu lassen, die natürlich zentral erhebliches Geld kosten. Ferner beschwerten sich die Schiffer darüber, daß sie sich immer persönlich anmelden müssen und dabei auf Herz und Nieren über sich, ihre Familie und etwaige Passagiere ausgefragt werden. Ein Skandal ist es, daß sich die Strompolizei von den Schiffen einen Vorfuß von 50 Mark geben läßt auf etwa zu verhängende Polizeitrafen. (Wört. hört! bei den Soz.) Große Mißbilligung herrscht weiter unter den Schiffen über die Art, wie die Bestimmungen über die einzuhaltende Geschwindigkeit gehandhabt werden. Es gibt Fälle, wo wegen des Bruchteils einer Minute zu großer oder zu kleiner Geschwindigkeit Strafen erfolgt sind. (Wört. hört! bei den Soz.) Ferner beklagen sich die Schiffer darüber, daß das Trun-gelberufen bei der Strompolizei großen Umfang angenommen hat. (Wört. hört! bei den Soz.) Schon mit dem Dampfer „Godeard“ ist die übliche Lebensart, wenn sich Schiffer bei Schleusen treffen. Hier muß von der Verwaltung Remede geschaffen werden. Vor kurzem ist nun eine Art nationaler Schifferbund gegründet worden, um den sozialdemokratischen Bestrebungen innerhalb der Binnenfahrer entgegenzutreten. Ein starker Stamm von Schiffen aber gehört zu unseren tüchtigsten Parteigenossen. Mögen Sie noch so viel Schiffer-strafen bauen, das wird Ihnen nichts nützen. Die Schiffer sind meist kluge Leute, die ihre Interessen erkennen. Sie fallen uns zu als Feinde einer echt preussischen Politik, die das ganze Volk mehr und mehr auf die Seite der Sozialdemokratie treibt. (Bravo! bei den Soz.)

Minister Ebdow: Der Vorkämpfer hat den Vorwurf der Be-rechtigung gegenüber der ganzen Strompolizei erhoben. Gätte er einzelne Fälle angeführt, hätte ich gesagt, ich werde sie unteruchen. Gegen den allgemeinen Vorwurf vollstrecke ich im Interesse und im Namen der Beamten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Siebnecht (Soz.): Es kann sich doch unter gewissen Umständen ein Mißbrauch herausbilden, den der einzelne, der ihn mit-macht, ohne Absicht mitmacht. Ich erinnere an das frühe beim Militär übliche Schmierer, das wir alle kennen und wobei der ein-zelne Vorkämpfer, der sich dessen schuldig machte, doch ein vollkommen braver Mann sein konnte. Wenn ich nun hier einzelne Beamte nennen würde, würde ich sie in eine sehr böse Lage bringen. Natür-lich behaupte ich auch nicht, daß jeder einzelne Beamte der Strom-polizei dabei mitmacht. Es handelt sich aber um einen weit ver-breiteten Mißbrauch, der sich einbürgert hat. Wenn die Ver-waltung nur die nötige Energie anwendet, muß es gelingen, diesen Mißbrauch zu beseitigen, ohne daß einzelne Beamte als Sünden-böcke in die Wüste geschickt werden. Ein Teil der Schuld liegt natür-lich auch an der unzureichenden Zahlung der betreffenden Beamten. (Nachen rechts, Sehr wahr! b. d. Soz.)

Nach weiterer mehrheitlicher Debatte wird die Weiterberatung verlegt auf Donnerstag 11 Uhr. (Außerdem: Vauetat.)

Beziehungen der sächsischen Markt-Notierungskommission.

Breslau, den 1. März.	gute		mittlere		geringe Sorte	
	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.
Weizen, weißer	19 30	18 40	18 30	17 40	17 50	16 50
Weizen, gelber	19 20	18 30	18 20	17 30	17 20	16 30
Roggen	14 40	13 30	13 20	12 30	12 30	11 30
Fruchtgerste	17 60	16 . .	15 90	15 . .	— . .	— . .
Gerste	14 . .	13 30	13 20	12 50	12 40	12 . .
Hafer	15 40	14 30	14 20	13 40	13 . .	12 30
Victoriaerbsen	23 . .	22 . .	21 . .	20 . .	19 . .	18 . .
Erbsen	19 50	19 . .	17 80	16 80	16 . .	15 30

Seu per 100 Sgr. 5.20—5.50 RL.
Vauetat per 100 Sgr. 4.20—4.50 RL.
Fremd-Acht 100 Sgr. 4.70—3.10 RL.

Breslauer Weizenmarkt. Weizt behauptet per 100 Sgr. inkl. Sed kruth
Weizenmarkt 90 behauptet 23.00—23.50 RL. Roggenmarkt 60 behauptet 22.00 bis
22.50 RL. Roggen-Hausbuden behauptet 21.50—22.00 RL. Roggen-
furtermarkt behauptet 10.50—11.00 RL. Weizenfleis behauptet 10.00—10.50 RL.

Briefkasten

S. Altmayer. Diese Berichte sind im Buchhandel nicht zu haben, so wie sie Ihnen nicht geschickt werden können.

H. S. Ra, der Lehrer ist dazu berechtigt.

J. B. Schreiberdorf. Der 60 Jahre alte Mann muß Steuern zahlen, wenn er ein Einkommen hat, das nach der vorliegenden Steuerordnung befreit wird.

B. Zierenhals. Genosse Kenlich ist dazu bereit.

W. Glogau. 1. Es war ganz richtig, daß Sie die Klage unübnahmen, denn die Anordnungsordnung gilt auch dann, wenn sie vom Arbeiter nicht unterschrieben wurde. Vorher klagen konnten Sie überhaupt nicht, da es in Streitigkeiten vor dem Gewerbegericht nur dann eine Berufung gibt, wenn es sich um mehr als 100 Mark handelt. 2. Weiden Sie die Mißstände bei der Gewerbe-Inspektion und teilen Sie uns das Ergebnis davon mit.

F. Matthesstrasse. Wenn Ihnen der Bruder über das Darlehen einen Schuldschein ausstellt, genügt das vollständig, bei Gericht brauchen Sie nichts abzumachen.

H. B. Laurentienstrasse. 1. Schreiben Sie an den Magistrat der Stadt Breslau, Bureau V. 2. Klein, daß unethisches Kind in nicht erbrechtigt.

G. A. Die rückständigen Unterhaltungsgebühren müssen Sie zahlen; Pflanzung ist zulässig, aber keine Lohnpflanzung.

G. D. 1. Er ist Verfasser kleinerer Anhaltungsblätter, ein größeres literarisches Werk hat er nicht herausgegeben. 2. Un-verheiratet.

H. S. 1. Die Vorschriften über die Ausgehzeit und den Ver-luch öffentlicher Lokale und Schankstätten sind zulässig. 2. Vom Kranke gelde kann nach dem Gesetz wegen Uebertretung der Kranken-Vorschriften das Dreifache des täglichen Strafgeldes als Strafe abgezogen werden. Der Kranke muß die Straferfüllung (später) am Tage des Strafzuges erhalten und kann sich dagegen beim Vorstand und dann beim Magistrat der Stadt Breslau beschweren.

3. Die Strafgebühren werden für die Kranken verwendet.

P. 121. 1. und 2. Frauen, die in ihrer Wohnung arbeiten (Heimarbeiterinnen), brauchen keine Marken führen; sie sind leibes-noch nicht versicherungspflichtig. 2. 20 P. für die Woche.

Wohrauerstrasse. Im Jahre 1904 war Pfingsten am 23. Mai.

H. S. G. Gerischdorf. Bei der für Sonntag Nachmittag in der „Auen Doffnung“ angeordneten Versammlung steht die Angele der Gewerkschaft.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mütter haben Unrecht, wenn sie ihren Kindern schon im frühen Alter unverdünnte Milch geben. Zur Erhöhung des Nährgehaltes der verdünnten Milch, oder eignet sich am besten „Lactogen“, welches sehr wohlkühlend ist und besser zur festen Nahrung überleitet als die unverdünnte Milch.

